Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1925

82 (18.2.1925) Abendausgabe

Visual Library

Mittwoch, 18. Februar 1925. Abendausgabe 122. Jahrgang Nr. 82.

Karlsruher Tagblatt

mit

Industrie- u. Handelszeitung

und der Wochenschrift „Die Pyramide"

Gegründet 1803

Bezugspreis: halbmonatlich Mk. 1.30 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt Mk. 1.20. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 2.60 ausschl. Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen. Einzelverkaufspreis: Werktags 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Anzeigenberechnung: für die 9gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg., an erster Stelle 90 Pfg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtl. Beitreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellengesuche ermäßigter Preis. Beilagen: Illustrierte, Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Musik, Landwirtschaft und Garten, Hochschule, Jugend, Wehr und Kolonien, Lesekreis, Literatur.

Chefredakteur H. v. Laer. Verantwortlich für Politik: F. Ehrhard; für den Nachrichtenteil: H. Voß; f. Wirtschaftspolitik: Dr. H. Wilfert; f. Handel: H. Rippel; für Stadt, Baden, Nachbargebiete u. Sport: H. Gerhardt; für Feuilleton und Oper: H. Weick; für „Pyramide" und Schauspiel: K. Joho; für Konzerte: A. Rudolph; für Technik: Dr. ing. R. Eisenlohr; für die Frauenbeilage: Frl. Dr. C. Zimmermann; für Inserate: H. Schrieder; sämtliche in Karlsruhe; für Bilderbeilage: Otto Schumann, Berlin. Druck u. Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstraße 1. — Berliner Redaktion: Dr. R. Jügler, Berlin-Steglitz, Sedanstraße 17, Telephon Amt Steglitz 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion v. 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1923. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 9541.

Londoner Brief.

(Von unserem Vertreter).

London, 13. Febr.

Nebel, Regen, Griesgrämigkeit sind verschwunden, hin und wieder Sonnenschein, ein Stück tiefblauer Himmel. Es wird bald Frühling. Das Grün der Rasen saftiger, an allen Ecken Blumenverkäufer, Veilchen, Schneeglöckchen.

Die City merkt nichts. Hasten, Treiben, Pfundkurs, Dollarkurs, Rückkehr zur Goldwährung, Wollpreise. Abends Familienleben am Kaminfeuer oder Klub, Kinema, Theater. Am liebsten etwas Sentimentalität, nur abends, am Tage Geschäft, reinliche Scheidung. Alt-Heidelberg im Garrick-Theater. Nicht ein Platz mehr zu haben. O alte Burschenherrlichkeit und „Karl-Heinz, du kommst nicht wieder". Begeisterung und Tränen — im Zuschauerraum. Die Kritiker wissen, daß Deutschland in seiner glücklichen Zeit vor 20 Jahren wirklich ganz annehmbare Sachen geschaffen, aber jetzt durch die schlechte Behandlung zu verbittert sei. Lieber Haß als dieses Wohlwollen. Doch wie englisch, die immer wieder trotz aller Höflichkeit zum Durchbruch kommende Geringschätzung aller Nichtengländer. An der Selbstgerechtigkeit prallt alles ab. Welch unangenehme Wahrheiten, beißende Sarkasmen hat Bernhard Shaw, der englische Ire, dem Engländer nicht schon gesagt. Der Erfolg? Man ärgert sich nicht einmal, man lacht nur. Und nun seine heilige Johanna. Sie findet nicht entfernt die Beachtung, die man ihr zurzeit in Deutschland zollt.

Die langen Weihnachtsferien der Volksvertreter sind vorüber. Die Parlamentsmaschine beginnt im Unterhaus wieder zu arbeiten. Eine Unmenge Kleinkram ist bis Ostern zu erledigen, auch einige größere Sachen. Doch wozu das alles, das Kabinett entscheidet doch wie es will. Gegen eine solche Mehrheit ist nichts zu machen. In den Zeitungen Klagen über das Fehlen einer starken Opposition. Eine solche sei ebenso wichtig wie eine Mehrheit, um eine Klärung wichtiger Fragen und eine Stellungnahme der Regierung unter Umständen zu erzwingen. Der Mensch ist ein unzufriedenes Geschöpf. In Deutschland klagt er, daß er keine Mehrheit hat, in England, daß er eine hat. Die Aussichten der Opposition im Unterhaus sind allerdings gering. Zunächst sind es dieses Mal zwei Oppositionsparteien, Liberale und Arbeiterpartei. Und beide Parteien leiden an ernsten inneren Streitigkeiten. Beide besitzen Führer, die in den Augen einer großen Zahl ihrer eigenen Anhänger stark in Mißkredit gekommen sind, und beide Führer haben ihre Stellung nur inne, weil die Partei keinen anderen Ausweg weiß. Wahrscheinlich die Mehrheit der Liberalen betrachten Lloyd George als den Mann, der ihre Partei zerstörte. Sie wird ihn zwar unterstützen, ihm aber nicht ihr Vertrauen schenken. In ähnlicher Weise sieht eine ständig wachsende Zahl der Arbeiter in Mac Donald einen Mann, der während seiner Regierung sehr wenig erreicht und damit geendet hat, daß er seiner Partei eine völlig unerwartete und unnötige Niederlage bereitete. Viele seiner Anhänger bewundern ihn noch, aber ihr volles Vertrauen besitzt er auch nicht mehr. Er ist nur noch der geduldete Führer, weil man sich über die Wahl des Nachfolgers nicht einigen kann. Die beiden als das kleinere Uebel nur geduldeten Führer der Oppositionsparteien haben demnach nicht den Rückhalt in der eigenen Partei, der für ein energisches und wirksames Auftreten im Unterhaus nötig ist. Lloyd George war vor 20 Jahren in ähnlicher Lage, als er in der Opposition eine Toryregierung zu bekämpfen hatte und hat sich damals als ein glänzender Oppositionsredner erwiesen. Möglich, daß ihn die alte Kraft und Geschicklichkeit zu neuen Erfolgen führt.

Die Regierung ist sich ihrer Stärke bewußt und hat unbekümmert um die Stimmung des Unterhauses in der Frage der Räumung der Kölner Zone und der französischen Schulden selbständig entschieden. Sie wird auch ebenso unbekümmert ihren zwei großen Zielen zusteuern, dem Schutz der Industrie, durch deren Belebung die Arbeitslosigkeit vermindert werden soll, und der Schaffung von Vorzugstarifen für die Kolonien, um die wirtschaftlichen Bande mit diesen zu verstärken. Baldwin hat wiederholt erklärt und wird es wahrscheinlich im Unterhaus in der nächsten Woche noch einmal tun, daß ein Uebergang Englands von Freihandel zu Schutzzoll nicht beabsichtigt ist. Die Industrie soll lediglich vor unfairer Konkurrenz geschützt werden. Zur Prüfung der Doktorfrage, was unfaire Konkurrenz ist, ist ein umständliches Verfahren vorgesehen. Die Industrie, die eine gewisse Art ausländischer Waren mit einem Zoll belegt wissen will, muß zunächst beim Handelsministerium eine Untersuchung beantragen und dabei darlegen, daß es sich um eine ungewöhnliche Konkurrenz handelt, daß eine lebenswichtige Industrie davon betroffen, die Zahl der angestellten Arbeiter dadurch verringert und keine andere englische Industrie durch einen etwaigen Zoll auf das ausländische Fabrikat geschädigt wird. Wenn das Handelsministerium eine Untersuchung gestattet, wird der Fall durch ein Komitee beraten, welches von dem Ergebnis dem Handelsministerium Bericht erstattet. Dieses seinerseits berät die Angelegenheit mit dem Schatzamt und beide zusammen machen dann eine Gesetzesvorlage an das Unterhaus. Durch dieses Nadelöhr würden natürlich nur wenig Industrien gehen. Es kommt natürlich ganz auf die Absicht der Regierung an und die davon abhängige Handhabung. Eine Regierung, die vor einem Jahr wegen der Schutzzollfrage vom Volke bei der Wahl eine glatte Absage erhalten hat, wird es natürlich nicht wagen, das verschmähte Geschenk, das eben viele für ein Danaergeschenk halten, durch die Vordertür ins Haus zu bringen. Sollte dieser Schutz einiger weniger Industrien nur der Anfang sein eines Versuches, durch die Hintertür nach und nach den Schutzzoll ins Haus zu schmuggeln, dann würde sich die Welt einer Aenderung der englischen Politik gegenübergestellt sehen, die für die Beziehungen zu anderen Industrieländern von den weittragendsten Folgen sein würde.

E. M.

Heute Ueberreichung des Schlußberichtes.

Der Streit um die Veröffentlichung.

TU. **Paris**, 18. Febr.

Die Morgenblätter melden, daß der Generalbericht der Kontrollkommission heute dem Vorsitzenden des Internationalen Militärkomitees in Versailles überreicht wird. Die französische Regierung erhält eine Abschrift.

Nach dem „Matin" dürfte die Botschafterkonferenz das Dokument in ihrer Sitzung am nächsten Samstag noch nicht zur Kenntnis nehmen, da das Militärkomitee sein Gutachten bis dahin nicht fertiggestellt haben wird.

*

E. **London**, 18. Febr.

Bei dem Bericht der Kontrollkommission wird es sich zunächst darum handeln, eine französisch-englische und eine englisch-französische Uebersetzung einzelner Teile anzufertigen für die einerseits französische und andererseits englische Sachverständige zuständig sind. Nach dem Urteil des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" geht die allgemeine Meinung in England über die Veröffentlichung des Berichtes dahin, daß sie entweder ganz oder gar nicht erfolgen müsse. Auszüge aus den Berichten würden nur zu Mißverständnissen führen. Es sei möglich, daß der Hauptbericht durch eine Anzahl von Anhängen ergänzt werden müsse, von denen einzelne auf Grund technischer Einzelheiten als vertraulich betrachtet werden müssen.

Die Verhandlungen über die Sicherheitsfrage.

Deutschland soll teilnehmen?

WTB. **Paris**, 18. Febr.

Wie bereits gemeldet, hat der deutsche Botschafter v. Hösch gestern, als er dem Ministerpräsidenten den Dank der deutschen Regierung für die Teilnahme an dem Dortmunder Grubenunglück aussprach, auch über die schwebenden Fragen sich mit Herriot unterhalten. Der „Matin" meldet, daß Hösch und Herriot sich hierbei auch unterhalten hätten über die Bedingungen, unter denen Deutschland an den Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes teilnehmen könne.

Diese Verhandlungen nehmen nach dem „Matin" einen regulären Verlauf. Die britische Regierung sei im Begriff, den Bericht zu prüfen, den sie in dieser Frage von Balfour angefordert habe. Balfour erkenne an, daß das Genfer Protokoll von den Dominions nicht anerkannt werde; aber er schlage regionale Kompromisse vor, die dazu bestimmt sein würden, provisorisch den Pakt zu ersetzen, namentlich was Westeuropa anbetreffe. Sowohl in Paris als auch in London sei man der Ansicht, daß Deutschland an einem derartigen Vertrag teilnehmen solle. Man sei aber nicht geneigt, auf Garantien, wie die Besetzung der Kölner Zone, zu verzichten auf ein einfaches Versprechen hin, daß Deutschland einen derartigen Pakt unterzeichne. Die Räumung könne nur abhängen von den Feststellungen, die die Militärkontrollkommission bezüglich der Entwaffnung gemacht habe.

Die „unzertrennlichen" Probleme der alliierten Schulden und der Reparationen.

S. **Paris**, 18. Febr. (Eig. Dienst des „K. T.") Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten faßte einen Beschluß, der besonders bezeichnend ist durch die Fassung seines Wortlautes. Es heißt darin, der Ausschuß werde am nächsten Freitag zusammentreten, um erneut zu beraten über „die unzertrennlichen Probleme der alliierten Schulden und der Reparationen".

Die Verbindungskommission des Völkerbundes.

TU. **Genf**, 17. Febr.

In der heutigen Sitzung der Verbindungskommission des Völkerbundes wies der Vertreter Japans, Baron Matsuda darauf hin, daß für eine wirksame Kontrolle der privaten Waffenfabrikation die Zusammenarbeit aller Staaten, auch der Nichtmitglieder des Völkerbundes, notwendig wäre. Ueber die Bedeutung der Kontrolle sprach sich auch der Vertreter Belgiens, der Tschechoslowakei, Schwedens, Spaniens und Italiens aus. Der Vertreter Frankreichs, Jouhaux, erklärte, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Arbeiten von großer Bedeutung sei. Da jedoch die Kontrollfrage zur Erhaltung des Friedens notwendig sei, dürfte sich die Kommission durch das Fernbleiben Amerikas nicht von der Durchführung ihrer Aufgabe abhalten lassen.

Nach der Sitzung der Ratskommission teilte der französische Delegierte, Paul Boncour, den Pressevertretern mit, daß die Verbindungskommission in der Frage der Waffenhandelskontrolle morgen ihre Arbeiten beenden und sie erst nach der Konferenz für den Waffenhandel im Mai wieder aufnehmen werde. Die Verbindungskommission sei sich darüber einig, daß die Rüstungsindustrie unter staatliche Kontrolle zu stellen sei. Der Rat werde eine Studienkommission einsetzen, die die Stellungnahme der Regierungen zur Frage der nationalen Ueberwachung der Rüstungsindustrie festzustellen hätte.

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Pr. **Berlin**, 18. Febr.

Der „Berliner Lokalanzeiger" weiß aus Wien folgendes zu melden:

Der Bukarester „Adverul" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer eine Verordnung des rumänischen Finanzministers, in der alle Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbürgern oder Vertretern des deutschen Staates abzubrechen. Die Schiffe, die rumänisches Oel nach Deutschland bringen sollten, sind zurückberufen worden. In Bukarester politischen Kreisen verlautet, daß die rumänische Regierung den deutschen Gesandten verständigt habe, daß, sobald die deutsche Antwort nicht zufriedenstellend sei, das Vermögen Deutscher in Rumänien liquidiert werde und der Anteil deutscher Staatsbürger an rumänischen Unternehmungen zugunsten des rumänischen Staates beschlagnahmt würde. (Es handelt sich hierbei selbstverständlich und entgegen der Darstellung in andern Blättern um das nach dem Kriege in Rumänien angelegte deutsche Vermögen. Das deutsche Vorkriegsvermögen in Rumänien steht bekanntlich unter Sequester — Rd.)

Pr. **Berlin**, 18. Febr.

Die „Zeit" bemerkt zu dem deutsch-rumänischen Konflikt, aus den Mitteilungen, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den Konflikt im Auswärtigen Ausschuß gegeben hat, gehe hervor, daß der rumänischen Regierung jede Grundlage für ihre vom Ministerpräsidenten Bratianu angekündigten Repressalien fehlen. Diese Repressalien, die sich gegen das deutsche Eigentum richten, sind, da sie im Friedenszustand vorgenommen werden sollen, völkerrechtlich nicht zu vertreten und müssen ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

Die Berliner Blätter fordern für den Fall, daß sich die Meldungen bestätigen sollten, daß Deutschland die Methoden Rumäniens mit gleicher Münze heimzahlen solle. So die „Tägliche Rundschau", die verlangt, daß die in Deutschland studierenden Rumänen und die vielen sich in Deutschland aufhaltenden rumänischen Kaufleute einmal festgesetzt werden, um zu zeigen, daß man die Deutschen nicht als Paria behandeln dürfe. Die „Germania" erklärt: „Freilich lieben wir solche Manöver nicht, aber auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil."

WTB. **Berlin**, 18. Febr.

Die aufsehenerregenden Nachrichten des Budapester Berichterstatters einer hiesigen Zeitung über bereits erfolgte Ausweisungen Deutscher aus Rumänien sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, unzutreffend.

Die neue Frankenkrise.

Die Kammerdebatte.

WTB. **Paris**, 18. Febr.

Die Kammer setzte gestern die Diskussion über das Einnahmebudget fort.

Der radikale Abg. Dubois hält eine Sanierung des Budgets ohne die Stabilisierung des Franken für ausgeschlossen. Auch die teuere Lebenshaltung sei auf den unsicheren Stand des Franken zurückzuführen.

Finanzminister Clementel warf dazwischen, die Regierung könne die Stabilisierung des Franken nicht vornehmen, solange sie über den Verlauf der Verhandlungen mit den Alliierten nicht im klaren sei. Es dürfte in der Welt nicht der Eindruck erweckt werden, als ob es zum Bankrott kommen solle.

Dubois erwiderte, der Bankrott habe für Frankreich bereits an dem Tage begonnen, an dem der Zwangskurs eingeführt wurde.

Gegen diese Behauptung nahm ein Abgeordneter der Rechten die alte Kammer in Schutz, die nicht solche Vorwürfe verdiene. Die Vertrauenskrise, die Frankreich jetzt durchmache, müsse um jeden Preis beendigt werden. Herriot sei es gestern nicht gelungen, das Vertrauen wieder herzustellen. Das Land werde der Katastrophe nur dann entgehen, wenn es die jetzige Parlamentsmehrheit beseitigt habe.

Auf den stürmischen Protest der Regierungsmehrheit forderte der Kammerpräsident den Redner auf, die rein finanzielle Debatte nicht auf das politische Gebiet zu führen.

Der Abg. Desjardin übte dann

scharfe Kritik an dem deutschen Budget,

insbesondere an den Ausgaben für die Heeres- und Marinebeamten (!) und an der Entschädigung der Ruhrindustrie. (!)

Der ehemalige Minister Loucheur erklärte u. a., nach seiner Ansicht seien die inneren französischen Schulden zu hoch bewertet. Bei der äußeren Schuld müsse man unterscheiden zwischen der Handelsschuld, die sich seit dem 1. Dez. auf 21 Milliarden belaufe, u. der interalliierten Kriegsschuld. Er wolle von letzterer nicht sprechen, müsse aber doch sagen, daß die Amerikaner, die während des Krieges Idealismus bewiesen hätten, sich jetzt als reine Geschäftsleute zeigten. Der Redner verbreitete sich hierauf über Steuerfragen und unterstützte den Vorschlag des Sozialisten Leon Blum, durch den Völkerbund eine internationale Regelung zu erzielen, um der Kapitalflucht entgegenzutreten. Er empfahl die Schaffung einer Amortisationskasse, damit das Budget erleichtert werden könne, und wandte sich gegen die Thesaurierung der Banknoten. Man müsse versuchen, aus den augenblicklichen Schwierigkeiten herauszukommen und eine große Anleihe zu erlangen. Der Augenblick sei noch nicht gekommen, den Franken zu stabilisieren. Diese Operation müsse für später vorbehalten bleiben. Die Haltung der französischen Regierung müsse darauf gerichtet sein, eine ernste wirtschaftliche Krisis zu vermeiden.

Nach dieser Rede wurde die Sitzung vertagt.

*

TU. **Straßburg**, 18. Febr.

Die Finanzkreise in Elsaß-Lothringen glauben nicht, daß die gelinde Besserung des Francs von Bestand sei. Die Kapitalflucht nehme unaufhaltsam zu. Hierzu käme, daß England auf den französischen Franken drücke, um Frankreich geneigter für die Londoner Politik der nächsten Zeit zu machen. In diesem Sinne äußert sich heute die elsaß-lothringische Rechtspresse. — Die sozia-

Die heutige Abendausgabe unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Presse macht Herriot den Vorwurf, daß er mit seiner gestrigen Kammerrede einen weiteren Programmpunkt des Linksblockes verleugnet hätte, das Kapital schärfer heranzuziehen durch die Kapitalsteuer.

Amerika und Herriots Kammerrede.

TU. **Neuyork**, 17. Febr. An der hiesigen Börse wird die gestrige französische Kammersitzung stark besprochen. Das Bankhaus Morgan verweigerte auf die Frage, ob und welche Aktion es wegen des französischen Franken unternehmen würde, jede Auskunft. „Neuyork Times" meinen, wie Poincaré habe gehen müssen, weil er Frankreich unbefriedigende Finanzverhältnisse gebracht habe, so könnte es Herriot sein politisches Leben kosten, weil er seinen Landsleuten die Wahrheit erzählt habe.

Herriots Streit mit dem Vatikan.

A. **Paris**, 17. Febr.

Die französischen Kardinäle haben an den Ministerpräsidenten Herriot ein neues Schreiben gerichtet, in dem sie ihr größtes Bedauern aussprechen über die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan, wodurch die Gefühle aller Katholiken und Franzosen auf das Tiefste verletzt worden seien. Die französische Regierung selbst, so heißt es in dem Schreiben, habe die Initiative ergriffen zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rom. Die jetzt erfolgte, durch nichts gerechtfertigte Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan sei eine bedauerliche Inkorrektheit, die wohl zum ersten Male in den Annalen der Diplomatie zu verzeichnen sei. Frankreich sei hierzu in keiner Weise provoziert worden. Die sogenannte Forderung der Laiengesetzgebung sei wirklich nicht stichhaltig. Die Aufhebung widerspreche der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

Ministerpräsident Herriot hat den Brief der Kardinäle sofort beantwortet. Er hat an den Kardinal Dubois von Paris ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, die Frage der Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Botschaft beim Vatikan sei nur eine Frage von politischer Bedeutung und habe nichts mit der Frage des Glaubensbekenntnisses zu tun. Den Respekt vor dem Glauben wolle die Regierung hochhalten, wenn auch ihre Handlungen und Gedanken oft tendenziös und übelwollend ausgelegt würden.

Die neuen Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Frankfurt, 18. Febr.

Die „Frkft. Ztg." meldet aus Düsseldorf: Die Zahl der durch die französische Polizei im besetzten Gebiet verhafteten Personen beträgt 32. Es sind zum größten Teil jüngere Leute. Die Verhaftungen stützen sich auf eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission, wonach es Personen, die im besetzten Gebiet ihren Wohnsitz haben, verboten ist, sich an irgend einer militärischen Organisation zu beteiligen. Besonders ist es auch untersagt, als Zeitfreiwilliger der Reichswehr tätig zu sein. Die von verschiedenen Seiten angestellten Bemühungen, die Verhafteten wieder in Freiheit zu bringen, haben nur in wenigen Fällen Erfolg gehabt, da die Besatzung sich diesen Ersuchen gegenüber fast durchweg ablehnend verhält. Die Inhaftierung ist eine strenge; jeder gegenseitige Verkehr der Inhaftierten ist untersagt. Sie befinden sich sämtlich in Einzelhaft.

Rückkehr der letzten Mitglieder der Z. R. III-Besatzung.

WTB. **Neuyork**, 18. Febr. (Funkspruch.) Kapitän Flemming und 10 andere Mitglieder der Besatzung des Z. R. III, die noch in Amerika zurückgebleiben waren, sind gestern mit dem Dampfer „Deutschland" abgereist.

Das Rotorschiff in Schottland.

WTB. **London**, 18. Febr.

Das Rotorschiff „Buckau" traf gestern abend 9 Uhr in Gragemouth ein. Das Interesse an dem Schiff ist groß. Tausende von Zuschauern hatten sich bei seiner Ankunft in Gragemouth eingefunden. Die Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über seine Fahrt. Die „Preß Association" meldet, daß die „Buckau" bei ihrer ganzen Reise von Deutschland außerordentlich schlechtes Wetter hatte, daß aber die an Bord befindlichen Personen erklärten, diese erste Erprobung der neuen Erfindung stelle einen Erfolg dar, wenn man die ungünstigen Umstände berücksichtige, mit denen das Schiff zu kämpfen gehabt habe. Am Montag sei die „Buckau" nur imstande gewesen, vier Knoten in der Stunde zurückzulegen, obwohl sie abwechselnd Rotor- und Dieselmotore benutzte. Ein Segelschiff würde unter den obwaltenden Umständen nicht imstande gewesen sein, im Firth of Forth einzulaufen. Das Schiff habe an Bord eine große Ladung Nutzholz. Nach dem Löschen der Ladung werde es in Gragemouth und Leith zur Besichtigung freigegeben werden. Auch werde es dem Publikum zu Fahrten im Firth of Forth zur Verfügung stehen.

Die „Westminster Gazette" bezeichnet die Leistung des Schiffes, das

vier Tage und vier Stunden zur Ueberquerung der Nordsee gebraucht

habe, als sehr befriedigend, denn die regelmäßig zwischen Gragemouth und den Elbhäfen verkehrenden Schiffe brauchten drei bis vier Tage je nach der Geschwindigkeit des Schiffes und nach den Witterungsverhältnissen. Diese seien aber während der ganzen Fahrt der „Buckau" durchaus ungünstig gewesen. Wenn man auch noch kein endgültiges Urteil über die Bewährung des Schiffes fällen könne, so habe doch die Reise die praktische Verwendbarkeit dieser Erfindung bewiesen.

Dem Sonderberichterstatter der „Daily News" zufolge erklärte ein Mitglied der Besatzung des Rotorschiffes, die Rotore hätten ausgezeichnet gearbeitet und sie seien nahezu auf der ganzen Fahrt in Tätigkeit gewesen. Das Schiff habe gerollt, aber keineswegs so stark wie ein Segelschiff. Flettner habe erklärt, daß das Ergebnis natürlich besser gewesen wäre, wenn man stetigen Wind gehabt hätte. Die Probe sei hart gewesen, aber nach seiner Ansicht habe das Schiff sich sehr gut gehalten.

Landtagsauflösung in Hessen?

Die Sozialdemokratie lehnt die große Koalition ab.

WTB. **Darmstadt**, 18. Febr.

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei versendet eine längere Mitteilung, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß der Versuch der demokratischen Fraktion, die Große Koalition zustande zu bringen, an dem Widerstand der Sozialdemokraten gescheitert sei, ferner, daß das allzulange Hinausziehen der Krise zu großen Schädigungen des Staates führen könne.

Es wird dann gesagt, daß die Deutsche Volkspartei in den nächsten Tagen schriftlich mit der Fraktion des Bauernbundes einen Antrag zur Abänderung der hessischen Verfassung einreichen werde, der die Möglichkeit geben soll, daß der Landtag sich durch einfachen Mehrheitsbeschluß selbst auflösen kann. Wenn die politischen Parteien eine aktionsfähige Regierung nicht zustande bringen, so hätten sie die Pflicht vor dem Volke abzudanken und diesem zunächst die weitere Entscheidung zu überlassen. Die Deutsche Volkspartei werde auch gemeinschaftlich mit der Fraktion des Bauernbundes den Präsidenten des Landtages auffordern, unverzüglich das Plenum des Landtages zur Entscheidung über diesen Antrag einzuberufen.

Das Dortmunder Grubenunglück

Feststellungen der Untersuchungskommission.

Bochum, 17. Feb.

Nach einer Auslassung des Bergarbeiterverbandes hat die Untersuchungskommission für das Grubenunglück auf der Zeche „Minister Stein" auf der Unglücksstelle das Vorhandensein von ungeheuren Kohlenstaubmengen festgestellt. Der Kohlenstaub lag an manchen Stellen so dick, daß er bis an die Knöchel reichte. Weiter stellte die Kommission fest, daß sich in einer Bremskammer erhebliche Mengen Schlagwetter angesammelt hatten, ebenso stehe fest, daß einen Tag vor dem Unglück auf der Unglücksohle ein außerordentlich starker Gebirgsdruck erfolgt sei, welcher 18 eiserne Stempel verbogen und zerbrochen hatte.

Bayern und die Finanzskandale.

WTB. **München**, 18. Febr.

In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages stellte Handelsminister Meinel fest, daß zwischen der bayerischen Regierung und dem Michaelkonzern keine Beziehungen bestehen, nur in einem Falle sei auf den Konzern in dem Sinne eingewirkt worden, ihn beim Zusammenbruch der Hochlandsbank zu einer gewissen Nachsicht zu bewegen. Der Konzern habe in diesem Falle 60 000 Mk. an die bayerischen Girozentrale zur Verfügung gestellt. Zum Schlusse der Sitzung kündigte der Sozialdemokrat Bauer an, daß er dem Finanzminister schriftlich weiteres Material unterbreiten werde.

Der Finanzminister Krausneck betonte u. a., daß die Länder und Gemeinden im Jahre 1923 im steigenden Maße gezwungen gewesen seien, Reichskredite in Anspruch zu nehmen. Was die angeblich Ende 1923 vom bayerischen Finanzminister aus Berlin mitgebrachten Kredite betreffe, so habe er einen solchen Kredit nicht erhalten. Es erübrige sich also die Beantwortung der Frage, wohin diese Kredite gekommen seien.

Zu den Behauptungen des Abg. Bauer über einen Kredit der Bayerischen Staatsbank an ein Unternehmen in Fürth stellte der Minister fest, daß dieser Kredit ein normaler Betriebskredit sei. Die angebliche Spekulation im Ausland bestehe darin, daß die Firma in größerem Umfang nach Aegypten Lieferungen machte. Es sei unrichtig, daß die Staatsbank in diesem Falle auf ihre Zinsen verzichtete. Der Minister betonte alsdann, daß ein Vergleich der sogenannten Barmataffäre mit dem Geschäftsgebaren der Bayerischen Staatsbank auf das entschiedenste abzulehnen sei. Die Bayerische Staatsbank sei auch heute noch das solide und vertrauenswürdige Institut, das sie bisher gewesen sei.

Deutsches Reich

Der Chef der Marineleitung in Stettin.

WTB. **Stettin**, 18. Febr. Die Anwesenheit des Admirals Zenker, der gestern hier eintraf, wickelte sich programmäßig ab. Der offiziellen Besichtigung der Dienststellen der Marineleitung folgte ein Empfang der Behörden und Wirtschaftskreise. In einer Ansprache betonte der Admiral, daß zu dem unbedingt notwendigen Wiederaufbau der deutschen Seegeltung die uneigennützige Mitarbeit aller beteiligten Kreise erforderlich sei. Er wies darauf hin, daß der Marine daran gelegen sei, mit allen an Schiffahrt und Handel interessierten Kreisen zusammenzuarbeiten zum Wohle des Ganzen. Darauf sprachen u. a. der Oberpräsident, der Oberbürgermeister und ein Vertreter der Kaufmannschaft. Ferner sah man unter den Ehrengästen Vertreter des Wehrkreiskommandos und die Vorsitzenden der Marinevereine. Admiral Zenker trat abends die Rückreise nach Berlin an.

Verurteilter Landesverräter.

WTB. **Breslau**, 17. Febr. Der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte am Montag gegen den 25jährigen Schriftleiter Alfred Restel aus Kattowitz wegen Verbrechens des Landesverrates und der Spionage. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Badische Politik

Badischer Beamtenbund.

Landrat Schaible hat sein Amt als Vorsitzender des Badischen Beamtenbundes niedergelegt. Die Gründe für diesen Schritt sind lediglich formaler Natur. Die oberen Beamten des badischen Landes gehören nämlich dem Reichsbund der oberen Beamten an. Nach den Bestimmungen dieses Reichsbundes dürfen dessen Mitglieder keinem anderen ähnlichen Verband angehören.

Oberregierungsrat Imhoff.

Zu der Meldung, wonach Oberregierungsrat Imhoff, der im Arbeits- und Innenministerium bislang die Wohnungsfrage bearbeitete, aus dem badischen Staatsdienst ausscheide, da er ins Reichsarbeitsministerium berufen worden sei, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß Oberregierungsrat Imhoff allerdings für ein halbes Jahr in das Reichsarbeitsministerium beurlaubt worden ist, daß er aber weiter badischer Staatsbeamter bleibt.

Die Aufwertungsfrage im Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Landtages hat gestern in der Aufwertungsfrage dem Zentrumsantrag zugestimmt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine individuelle Behandlung der Aufwertungsfrage wieder zugelassen und womöglich auch der Normalsatz der Aufwertung erhöht werden müsse. Der Berichterstatter über die Aufwertungsfrage, Dr. Matthes (D. Vpt.) bemerkte in seinem Bericht u. a., daß die Aufwertungsmöglichkeit jetzt nicht mehr so hoch eingeschätzt werden könne wie früher, nachdem jetzt das statistische Zahlenmaterial vorliege.

Konferenz der badischen Staatsarbeiter.

Am Sonntag, den 15. Februar, fand in Baden-Baden eine vom Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen einberufene stark besuchte Konferenz badischer Staatsarbeiter statt, welche sich mit der wirtschaftlichen Lage der badischen Staatsarbeiter befaßte. Gewerkschaftssekretär Faßbender berichtete über die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der badischen Staatsarbeiter und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Staatsregierung schnellstens Schritte unternehmen müsse, um die Lage der badischen Staatsarbeiter erträglicher zu gestalten. Die Konferenz stimmte nach reger Aussprache folgenden Entschließungen einstimmig zu:

„1. Die heutige vom Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen einberufene badische Staatsarbeiterkonferenz beauftragt den Zentralverband, erneut an die badische Staatsregierung heranzutreten, um eine Erhöhung der völlig unzulänglichen Löhne der badischen Staatsarbeiter zu erreichen. Sollte die Staatsregierung wider Erwarten den berechtigten Forderungen der badischen Staatsarbeiter nicht Rechnung tragen, dann beauftragt die Konferenz die Verbandsleitung, den derzeitigen Tarifvertrag für die badischen Staatsarbeiter auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen. Die Konferenz läßt sich hierbei von dem Gedanken leiten, daß die Tarife der Reichsarbeiter den badischen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen.

2. Die Konferenz beauftragt die Verbandsleitung bei der Staatsregierung erneut die Schaffung einer Pensionskasse für die badischen Staatsarbeiter zu beantragen."

Nach Afrika!

Reiseeindrücke aus dem Jahre 1924.*)

Von

Dr. Otto Hauger, Karlsruhe.

IV. Der Löwenberg oder das Grab des weißen Mannes.

Der Nordostpassat steht uns im Rücken und bläst mit steifer Brise um uns her der afrikanischen Küste entlang. Der Kurs des Dampfers geht in weitausholendem Bogen um das grüne Kap herum, das Cabe Verde, die westlichste Ecke Afrikas. Kaum einmal ist etwas von der Küste zu sehen. Sie bietet hier ja auch nichts, keine Hafenplätze, kein fruchtbares Hinterland. Die Sahara reicht beinahe bis zum Ozean. Da ist den Spaniern ein langer Küstenstrich geblieben als Kolonie, stolz Rio de Oro genannt. Man hat ein paar Goldkörner im Sand vor Jahrhunderten dort gefunden. Rio de Oro, der Fluß des Goldes. Resigniert sagt zu mir ein spanischer Passagier, als wir darüber sprechen: ni rio, ni oro, weder Fluß noch Gold. Nur Sand, Deportiertenland.

Wenn im Herbst ablandige Winde vom Festland herüberstehen, dann nehmen sie oft die feinen Staub- und Sandkörnchen der weiten Wüstenländer mit sich. Vom fahlen Horizont aus überzieht die stauberfüllte Luft alles wie mit gelbem Nebel, kaum ist die ockerfarben flimmernde Sonnenscheibe noch zu erkennen. Der Stamm trägt dann den feinen Sandstaub weit in den Ozean, hunderte von Meilen weit. Eines Morgens ist dann der Dampfer bedeckt von Wüstenstaub.

Die Reede von Dakar haben wir eines Tags passiert und die weißen Häuser dieser wichtigen Hafenstadt mit dem Glas auf den Höhen liegen sehen.

Einem Schwesterschiff unserer Linie sind wir in der Nacht begegnet. Schon seit Stunden waren wir in funkentelegraphischer Verbindung mit ihm. Aber erst in tiefer Nacht sahen wir seine näherkommenden Lichter, die den Kurs auf uns zu hielten. Beim Näherkommen flammten drüben wie bei uns die bengalischen Farbenzeichen der Dampfschiffahrtsgesellschaft auf, und auf Rufweite glitten die beiden Afrikadampfer aneinander vorbei. Die Marschweisen der Schiffskapelle klangen von drüben herüber zwischen verlorenen Rufen, und die Passagiere standen drüben wie bei uns an der Reeling. Von der Kommandobrücke aber blinkten noch lange die Morsesignale: Gute Reise hin und zurück. „Ships that pass in the night", Schiffe, die sich nachts begegnen.

Schließlich verschwinden die Lichter des Dampfers wie untergehende Sterne am Horizont.

Um Mitternacht bekomme ich ein drahtloses Telegramm, das ein griechischer Trampdampfer südlich der Kapverdeschen Inseln aufgegeben hat. „Kindly your doktor remedy antidote suffering from acute asthma. Captain Kokos Vergottis". Da hat irgend ein Grieche auf einem kleinen Dampfer auf dem Ozean ohne ärztliche Hilfe einen schweren Asthmaanfall, und der Kapitän weiß sich mit seiner Medizinkiste nicht zu helfen. In einer Viertelstunde hat er meine Antwort und behandelt den Kranken nach meiner Anweisung.

Anderntags mache ich meine Morgenvisite die paar hundert Seemeilen weit und frage, wies geht. Es geht gut, der Kranke macht schon wieder Dienst. Er bedankt sich schön. (Wie man wohl die Rechnung einkassiert, da ist noch eine Lücke in der Wissenschaft).

Es ist ein Gewittertag. Sierra Leone kommt in Sicht. Böige Winde aus allen Richtungen haben den stetigen Nordostpassat abgelöst, sie bringen prasselnde Regenschauer, schwere Blitzentladungen mit langem Donnerrollen. Zur Rechten stehen hohe bewaldete Berge landzungenartig in See und schützen die Einfahrt in die Bucht, an der Freetown liegt, die Hauptstadt der englischen Kolonie.

Diese Berge haben dem Lande den Namen gegeben. Als im Jahre 1460 der portugiesische Kapitän Diego Gomez mit seinem kleinen Segelschiff als erster Europäer die Bucht erreichte, hatte er ein Wetter wie wir heute. Donnergrollende Gewitter und Regenböen. Der Donner widerhallte in den Bergen, in den zerrissenen Schluchten mit ihrem hohen Baumbestand und dröhnte von da wie Löwengebrüll. Die Portugiesen in ihrem kleinen vielleicht fünfzig Tonnen fassenden Schiffchen standen noch viel mehr unter der Wirkung dieser Naturereignisse. Als sie der bergigen Küste einen Namen geben sollten, nannten sie sie deshalb die Löwenberge, Serra Leoa, das jetzige Sierra Leone.

Aber diese Bergkette ist viel früher schon entdeckt worden. Es ist eine der grandiosesten Fahrten der Weltgeschichte gewesen, die hier ihr Ende gefunden hat. Nur wissen die wenigsten Leute davon. Wenn irgend ein spartanischer Räuberhauptmann einen Bergpaß verteidigt oder ein deutscher Duodezfürst die Leibeigenschaft ein halbes Jahrtausend zu spät aufhebt, dann lernt man das mit allen Einzelheiten in der Schule. Es täte gut, man hätte einen etwas universaleren Horizont und würde sich nicht nur auf den einen europäischen Kulturstreifen, der durch die Weltgeschichte zieht, beschränken. Aber ich komme vom Thema ab.

Das war um das Jahr 520 vor Christi Geburt. Die Griechen waren eben dabei, sich zu Staaten zu organisieren. Die Römer bewegten sich noch in einer für uns unklaren Sagenwelt. Die Perser schlugen die ägyptische Kultur zusammen. Da fuhr ein Phönizier mit einer Flotte von etwa sechzig Fahrzeugen und mit einer ganzen Bevölkerung, es wird von 30 000 Menschen berichtet, von seiner Heimatstadt ab nach der Westküste Afrikas. Es war Hanno, der Karthager. Leider ist uns seine Fahrt nur durch griechische Geographen verstümmelt berichtet. Immerhin gehen sie auch auf die Einzelheiten.

Es ist überaus interessant zu lesen, wie Hanno die Straße des Herkules erreichte, die jetzt Gibraltar heißt, wie er der afrikanischen Küste entlang bis zur Insel Kerne kam, die vor Rio de Oro liegt. Wie die meisten der Fahrtgenossen dort sich häuslich niederließen und Faktoreien eröffneten. Wie sie große Herden von Elefanten fanden, und unentwegte wagemutige Seeleute sich schließlich noch weiter nach Süden aufmachten, das grüne Kap erreichten und bis zu den Bergen kamen, die jetzt Sierra Leone sind.

„Theion Ochema" nannte sie Hanno nach den griechischen Berichten, den „Sitz der Götter". Er fand hier wilde Männer und Weiber vor, die ganz mit Haaren bedeckt waren und ihrem Vordringen sich mit Steinwürfen und Gebrüll widersetzten. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß sie auf große Schimpansenherden gestoßen sind, und daß der Mensch hier mit seinem wilden Vetter aus der Vergangenheit um den Besitz des Bodens gekämpft hat, wie das in Zentralafrika noch heute der Fall sein kann. An den Bergen von Sierra Leone endete Hannos Reise, rund fünfhundert Jahre vor Christi Geburt.

Zweitausend Jahre später erst ist der erste Europäer gekommen und ob seiner Tat in den Himmel gehoben worden.

Wieviel interessanter muß auf Hannos Admiralsschiff die Fahrt längs dieser Berge gewesen sein, als heute im konfortablen Speisesaal des Afrikadampfers.

Oben auf den Bergen stehen jetzt die Villen der englischen Offiziere und Beamten, die in Freetown residieren. Auf den höchsten Kuppen über der Stadt schauen versteckte Panzertürme aus den Palmen. Phönizier, Portugiesen, alles vorbei, jetzt sitzt der Engländer da und beherrscht den wichtigen Hafen und sein Hinterland.

Die Stadt liegt anmutig am Ufer und an die Berghänge geklebt. Auf der Reede vor ihr ankern neben uns viele Schiffe, denn Sierra Leone hat reiche Ausfuhr an Landesprodukten, und der Hafen ist außerdem Kohlenstation. Die starke britische Garnison mit mehreren Regimentern bringt ebenfalls Leben und Verkehr.

Die Barkasse bringt mich an Land. Mit dem Pidginkauderwelsch von ein paar Dutzend Negerjungen empfangen, die sich mir als Führer anbieten, gelingt es mir schließlich die meisten loszuwerden. Die andern führen mich durch breite gepflegte Straßen, an die jener Mischmasch von Häusern sich reiht, von denen man nicht weiß, sollen sie europäisch, sollen sie afri-

*) Siehe Karlsruher Tagblatt Nr. 495, 527 und 566 (1924).

Im Lande der Tscheka.

Ungenau und wenig zuverlässig sind im allgemeinen die Nachrichten, die aus dem russischen Riesenreich zu uns dringen, das neben einer kommunistischen Staatsgewalt auch eine Nebenregierung — die Tscheka — besitzt und besonders durch diese in Schach gehalten wird. Um so willkommener muß es uns sein, wenn es Deutschen gelingt, dieses uns heute wieder ganz unbekannte Land zu bereisen und zuverlässig darüber zu berichten. Der jetzt in Leipzig tagende Tschekaprozeß lenkt ohnehin die Aufmerksamkeit nach Osten und prüfend lassen wir die Entwicklungs- und Anbahnungsmöglichkeiten auch für Politik und Wirtschaft an uns vorüberziehen.

Rußland wird zurzeit nach dem System einer kommunistischen Orthodoxie regiert und wir sehen, wie die Bestrebungen der Anhänger dieses Systems dahin gehen, auch Deutschland und die Welt mit den Segnungen solcher modernen staatsreformierenden Ideen zu erfreuen.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt ein Buch des ordentlichen Professors der Geographie in Hannover, Dr. Erich Obst, besonderes Interesse, das in klaren und wohlaufgebauten Schilderungen die Reiseerlebnisse des Gelehrten in Rußland wiedergibt.*) Fünf Monate hat Professor Obst das russische Reich von den Küsten des Eismeeres mit Archangelsk und der Kolabucht, von Murmansk und „Leningrad" im Norden bis zur Ukraine und der Krim im Süden durchquert, er hat die Hungergebiete der Wolga durchstreift und hat von den Erdölbezirken von Baku quer durch den Kaukasus gehend Wladikawkas besucht. Seine Reiseberichte sind seinerzeit bereits durch eine Reihe deutscher Zeitungen gegangen und haben hier berechtigtes Interesse gefunden, reiht sich doch in buntem Wechsel Politik und Wirtschaft, Kunst und Geschichte aneinander.

Moskau verstehen heißt Sowjetrußland begreifen — sagt Professor Obst — und dieses Verstehen ist ihm durch das verständnisvolle Entgegenkommen und die tatkräftige Unterstützung der amtlichen deutschen Vertretung sowohl in Moskau selbst als auch an den zahlreichen deutschen Konsulaten Innerrußlands wesentlich erleichtert worden. Aber auch die russischen Behörden haben die wissenschaftlichen Untersuchungen des deutschen Reisenden unterstützt und auch in schwierigen Lagen ihre Hilfe nicht versagt, ein Beweis, daß frischer Wagemut und zielbewußte Unternehmungslust immer wieder das alte Wort wahr machen: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

*) Verlag Kurt Vowinkel, Berlin-Grunewald. 1925.

Der Tschekaprozeß.

WTB. **Leipzig**, 17. Febr.

Heute wurde zunächst der Fall des württembergischen Ministers des Innern, Bolz, besprochen. Der Angeklagte Neumann erzählt, er habe Poege beauftragt, sich mit Bolz als angeblicher Korrespondent einer auswärtigen Zeitung in Verbindung zu setzen. Poege erfuhr von Frau Bolz, daß der Minister erst spät abends von Ulm nach Stuttgart zurückkehren werde, da die Begegnung sich sehr schwierig gestaltete und auch nur König den Minister kannte, wurde der Plan aufgegeben.

Darauf wurde der Fall Wetzel weiter verfolgt, den König und Poege erledigen sollten, während Neumann und Margies die Deckung zu übernehmen hatten. Wetzel war aber nicht zu Hause. Auch der zweite Plan, Wetzel nach einer Fraktionssitzung zu erledigen, scheiterte. Angesichts der vielen Schwierigkeiten erklärte Neumann, es habe keinen Zweck, den Fall Wetzel weiter zu verfolgen, es müßte der Fall Schlotter in Angriff genommen werden, der mehr Erfolg verspreche.

Hierauf wurde der Tatbericht verlesen, den Neumann über seine Tätigkeit in Stuttgart für die Parteidirektion gefertigt hatte und den Moersner nach Berlin bringen sollte. Den Bericht hat Neumann Poege diktiert.

Die Verteidiger Dr. Löwenthal und Dr. Santer hielten es für auffällig, daß Neumann ein die Partei derart kompromittierendes Schriftstück entgegen dem Verbot der Partei bei sich trug. Der Angeklagte erklärte, daß er verpflichtet war, Bericht zu erstatten. Rechtsanwalt Dr. Fränkel fragte, weshalb Neumann diese Schriftstücke niemals selbst geschrieben habe. Als Neumann schwieg, präzisierte Dr. Fränkel seine Frage dahin, weshalb hat er niemals seine eigene Handschrift hergeben wollen? Da der Angeklagte mit der Beantwortung zögerte, warf der Vorsitzende ein, er wollte die Schriftstücke eben von anderen schreiben lassen. Der Angeklagte bestätigte dies und erklärte, er habe bei der Auffassung sich mit den Genossen beraten und zwischendurch weiter diktiert.

Auf die weitere Frage, wie lange Neumann den Bericht bei sich getragen habe, erklärte dieser, nicht antworten zu können. Rechtsanwalt Dr. Fränkel bemerkte, daß das Versagen seines so glänzenden Gedächtnisses in diesem Falle sehr auffällig sei. Der Vorsitzende machte hierzu Zeitangaben.

Die Verteidiger Dr. Fränkel und Wolff protestierten dagegen, daß der Vorsitzende mehrfach Fragen der Verteidigung an den Angeklagten vorbeantwortet habe. Bei der Erörterung hierüber kam es zu scharfen Zusammenstößen.

Durch Gerichtsbeschluß wurde festgestellt, daß das Verhalten des Vorsitzenden einwandfrei sei.

Angeklagter Poege gab die Erklärung ab, daß die Angaben Neumanns, daß bei dem Diktat noch andere Genossen zugegen waren, falsch sei. Neumann habe mit den Händen in den Hosentaschen diktiert (Große Heiterkeit). Neumann erklärte dazu, daß es sich dabei um einen anderen Bericht handele.

Rechtsanwalt Dr. Marschner machte darauf aufmerksam, daß der Bericht völlig fließend und ohne Korrektur geschrieben sei. Das sei doch kaum möglich, wenn zwischendurch gesprochen würde. Neumann erklärte, es habe sich nicht um einen theoretischen Aufsatz gehandelt, sondern nur um einen Tatbericht, der ihm keine Schwierigkeiten bereitete.

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung wurden die Richtlinien über die illegale Parteiarbeit, sowie ein Parteibefehl verlesen, wonach die Partei den Angehörigen der Polizei und den anderen Beamten gegenüber unbedingtes Schweigeverbot auferlegt wird.

Angeklagter Neumann erklärt, beide Dokumente nicht zu kennen.

Im Anschluß hieran kam der Fall Schlotter zur Sprache. Margies hatte vorgeschlagen, Schlotter in einem Lokal niederzuschlagen und ihm die Schlagader mit einem Rasiermesser aufzuschneiden. Schlotter kam jedoch an den fraglichen Abenden nicht.

Auf die Frage des Reichsanwaltes über die politische Abteilung betonte Neumann, die Parteiorganisation sei wie das revolutionäre Komitee von Kleine geschaffen worden und zwar vor allem in den ländlichen Bezirken. Die Leitung der Organisation lag in den Händen der Russen.

Im weiteren Verlaufe kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Tätigkeit des Angeklagten Neumann in der Partei.

Rechtsanwalt Wolff führte an, daß Neumann auf Grund seines von der kommunistischen Internationale aus Rußland erhaltenen Befehles zum mindesten dem Vorsitzenden der deutschen Partei als ebenbürtig zur Seite gestellt wurde.

Hierauf äußerte sich Neumann über seine Verhaftung, welche am 27. Februar im Anschluß an eine Geburtstagsfeier erfolgte.

Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Haussuchung bei der kommunistischen Partei.

TU. **Berlin**, 18. Febr.

Wie die Morgenblätter melden, fand in den Räumen der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands am gestrigen Dienstag eine großangelegte Haussuchung durch Beamten der Politischen und der Kriminalpolizei statt. Die „Rote Fahne" hatte, während noch die Dawes-Verhandlungen im Gange waren, Entwürfe über das Eisenbahnstatut veröffentlicht, die nach Annahme der zuständigen Stellen durch unlautere Manipulationen in den Besitz der Kommunistischen Partei gekommen sein müssen. Wegen der Veröffentlichung der Dokumente ist gegen einzelne Mitglieder der Zentrale und gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne" ein Verfahren wegen Landesverrat eröffnet worden. Bei der Haussuchung wurden die gesuchten Dokumente nicht gefunden, doch konnte anderes Material beschlagnahmt werden, das der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden ist.

Politische Reinlichkeit?

Man schreibt uns:

Der Barmatskandal hat das Thema der politischen Reinlichkeit in Fluß gebracht. In Bayern, in dem Berliner Korruptionsgeschichten bisher nicht sichtbar wurden, ist man zuerst zur Tat geschritten und hat den Gesetzentwurf des Abgeordneten Schäffer im Verfassungsausschuß angenommen, der den gewinnsüchtigen Mißbrauch des Abgeordneten-Mandats verhindern will. Die Maßnahme dient sicherlich dazu, das Ansehen des Parlaments zu stärken. Aber es darf gefragt werden, ob nicht noch weitere Schritte geschehen sollen. Gegen den Antrag der Völkischen, die jegliche Verbindung von Aufsichtsratsposten und Mandat verhindern wollten, soweit es nicht im Berufe des betreffenden Abgeordneten liegt, wurde nicht mit Unrecht eingewandt, daß durch ihn tüchtige Kenner des Wirtschaftslebens dem Parlament vorenthalten würden. Das trifft zum Teil gewiß zu. Aber es kommt nicht nur darauf an, sondern vor allem auf möglichst unabhängige Parlamentarier, aus denen sich ein unabhängiges Parlament zusammensetzt. Eine Frage ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, die wohl in allen Parteien schon manchem Angehörigen Anlaß zu Kritik und Bedenken gab. Dies ist die Erscheinung, daß manche, die von Hause aus mit dem Wirtschaftsleben persönlich nichts zu tun haben, nach Erlangung des Mandats auch zu Aufsichtsratsposten gelangen. Dies braucht schon nicht mehr ganz unbedenklich zu sein. Im Laufe der Ausschußdebatte wurde ferner mehrmals der Einwand vorgebracht, für den bezeichnenderweise die Völkischen wenig Verständnis aufbrachten, daß in noch viel höherem Grade als die Aufsichtsräte die Syndici abhängig seien. Der Gedanke ist fraglos nicht von der Hand zu weisen. Das Parlament soll nicht eine Syndiciversammlung sein, soll sich möglichst fern halten von einseitiger Interessenpolitik. Die Wirtschaftsgruppen besitzen an sich schon im öffentlichen Leben eine nicht zu unterschätzende Macht; sie treten zudem mit Anträgen an die Parlamente heran und dann soll der Vertreter der Verbände selbst wiederum als „Volksvertreter" über die Anträge objektiv abstimmen?

Das bayerische Parlament und alle Parteien, die ethisch auf kräftiger Basis stehen wollen, sollten sich noch weiterhin für Schärfung des politischen Gewissens, für Stärkung des Reinlichkeitsbedürfnisses einsetzen. Mit je heiligerem Ernst an die Frage herangetreten wird, umso geachteter steht die Würde des Parlaments vor dem Volke da. Halbe Arbeit erweckt Mißtrauen, wenn auch oft unberechtigt, und auch der Schein soll verhütet werden. Es gilt nicht nur, Fehltritte zu sühnen, sondern ihnen vorzubeugen. Wenn das Parlament heute auch nicht als eine Versammlung von Königen erscheint, so soll doch alles getan werden, damit seine Würde turmhoch über egoistische Wirtschaftsinteressen steht. Uebrigens wird auch in anderen Ländern derartiges Empfinden lebendig. So will man in Oesterreich die Verbindung von Aufsichtsrats- mit Ministerposten verhindern. Das Thema wird wohl noch nicht so rasch aussterben und möge noch manche fruchtbare Gedanken zutage fördern. is.

Lindert die Not!

der unglücklichen Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Dortmund.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Spenden nimmt entgegen die

Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatts.

Ueberweisungen auf unser Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 9547 erbitten wir uns unter der Bezeichnung „Für das Grubenunglück".

kanisch sein. Bald ein modernes zweistöckiges Bankgebäude aus weißem Stein, bald eine Bretterbude eines eingesessenen Negerhändlers. Hunderte von den kleinen Verkaufsläden der Eingeborenen, in allen Farben bemalt.

Auf den Straßen ein europäisiertes Negerleben. Die reinschwarze Hautfarbe herrscht vor, aber daneben gibt es alle Farbenschattierungen bis zum lichten Braun. Alles kleidet sich nach europäischer Art. An der St. Georges Cathedral ist gerade der Gottesdienst aus. Die schwarzen Ladies mit eleganten Hüten und Sonnenschirmen kommen heraus, dazwischen tummeln sich die Kinder in ihren Hängekleidchen. Ein paar kommen aus der Mission und balanzieren Schiefertafel und Schulbücher auf dem Kopf.

Schwarze Soldaten mit blauer kniefreier Uniform und dem roten Käppi am Riemen schräg auf dem Kopf spazieren vorbei. Auf dem Motorrad fährt ein Engländer durch die Straßen.

Viel Blumen sind an den Häusern und in den Gärten. Alles macht einen gesunden und freundlichen Eindruck. Nur eine brütende Hitze liegt darüber. Haussahändler halten schöne Lederarbeiten feil.

Nach den Bergen hinauf in siebenhundert Meter Höhe führt eine Drahtseilbahn. Wer es machen kann, hat da oben seine Wohnung, wo die Nächte so kühl sind wie in Europa und fährt morgens ins Geschäft hinunter nach der Stadt.

Man hat lange Bahnverbindungen nach dem Innern. Die dort eingesessenen Stämme der Timni, Kisi, Mendi, Bundoo und wie sie alle heißen, sind jetzt unterworfen. Ihre Häuptlinge sind unter englischem Einfluß und ihre zum Teil kannibalischen Sitten gemildert und unterdrückt. Es lebt sich jetzt behaglich in Freetown. —

Wenn man die hübsche Stadt, um die sich amphitheatralisch die Berge schließen, von Bord aus betrachtet, ahnt man nicht, daß sie früher den unheimlichen Beinamen hatte: The white mans grave, das Grab des weißen Mannes.

Das europäische Neger- und Mulattengemisch in der Stadt hat seinen tieferen Grund. Vor hundert Jahren setzte in den englischen Kolonien Amerikas, besonders in Kanada, die Sklavenbefreiung ein. Humanitäre Gesellschaften frommer Leute, besonders die St. Georges Bay Compagny, nahm sich der freigewordenen Sklaven Amerikas an und sagten sich wir wollen die armen Kerle wieder hintun, wo sie waren, nach Afrika. Wir haben zwar dreihundert Jahre lang ein gutes Geschäft mit ihnen gemacht, aber jetzt ist es Schluß.

Man suchte sich Sierra Leone aus, um die freigewordenen Sklaven dort anzusiedeln. Von Westindien kamen Transportschiffe mit den freien Negern, von Canada kamen neue hinzu. Auch im puritanischen England waren ein paar Hundert Sklaven frei geworden.

Den Ort aber, wo alle diese Freien sich ansiedelten, nannte man Freetown, die freie Stadt. Soweit das Werk edler Menschlichkeit.

Leider aber stellte sich bald heraus, daß die amerikanischen Neger das afrikanische Klima nicht mehr ertrugen. Das Fieber raffte die meisten hinweg. Erst in viel späteren Jahren siedelten sich auch weiße Händler an, und englische Truppen kamen an diesem wichtigen Platz in Garnison.

Ich habe zufällig in eine alte Statistik geschaut. Darnach starben in den Jahren 1810 bis 1836 von tausend Mann europäischer Truppen in Sierra Leone jährlich 483, also jedes Jahr beinahe die Hälfte. Es war ein besseres Todesurteil, nach Freetown zu gehen. Es war wohl eine „freie Stadt", aber man nannte sie nur „das Grab des weißen Mannes".

Doch es scheint, nun ist das Grab geschlossen. Die Berge, die Hanno der Phönizier das „Theion Ochema", die Diego Gomez, der Portugiese „Serra Leoa" und eine philanthropische Gesellschaft „Freetown" nannte, sind jetzt blühende, von gesunden Lüften umwehte Grabhügel geworden. Darunter schlummert viel, darauf aber sitzt ein Panzerturm und darüber weht Britanniens Flagge.

Theater und Musik

Theater in Basel.

„Der gefesselte Prometheus" des Aeschylos ist unter dem Zeichen der Apokalypse geschaffen. In dem titanischen Trotz seiner Qual sammelte sich das Leid der Menschheit, das die szenisch-kultische Kantate des leidenden Lichtbringers durchströmt. Ein junger Schweizer Dichter, W. E. Liebburg, übersetzte das Werk. Seine auf Rhythmik und Melodik eingestellte sprachliche Formwerdung erschien voll geistiger Kraft und jener seelischen Steigerung fähig, wo das Wort nur noch die Melodie zu tragen versucht. Unter Dr. Waelterlins Regie vermittelte die Aufführung, der Appias streng umrissenes Bühnenbild erhabenes Profil gab, Eindrücke erschütternde Größe. Fr. W. H.

Kunst und Wissenschaft

Georg Brandes in Berlin.

Der bekannte dänische Schriftsteller und Literarhistoriker Georg Brandes will im Laufe des März in Berlin verschiedene Vorträge halten. Er hat ein reichhaltiges Programm dafür aufgestellt. Unter andern beabsichtigt er, Anatole France, Eleonore Duse, Sarah Bernhard und die europäische Politik von heute zu behandeln.

Babylonische Notenschrift.

In den Sitzungsberichten der Preuß. Akademie der Wissenschaften wird von einer höchst wertvollen Entdeckung berichtet, die der bekannte Musikwissenschaftler Professor Curt Sachs auf einer babylonischen Tontafel aus Assur gemacht hat. Diese Tafel der Preuß. Staatsmuseen enthält ein Gedicht von der Erschaffung des Menschen in sumerischer Sprache, daneben eine Uebersetzung ins Assyrische, weil um 2000 v. Chr. das Sumerische nur noch als Sprache des Kultus und Gesetzes existierte. Eine weitere Textkolumne besteht aus unverständlichen keilschriftlichen Zeichen, die 62 Silben ergeben. Sie konnten nach vielen vergeblichen Versuchen schließlich auf 18 Bezeichnungen für ein Notensystem zusammengelegt werden. Bleibt heute auch noch vieles unsicher und unverständlich, so scheint doch die gegenseitige Stellung von 5 Haupttönen unverkennbar. Durch diese Kombination war es auch möglich, alle 18 Tonsilben logisch zu deuten und auch ihre Uebergänge in andere Tonarten ohne Widersprüche zu verstehen. Diese Musik setzt eine 22saitige Harfe voraus, wie sie auch in anderen Mittelmeerländern vorkam; der Tonumfang dieses Notensystems umfaßte 2 Oktaven und eine Quinte, und die Melodien waren nicht an eine starre Fünftonleiter gebunden, sondern bewegten sich frei in vier ineinandergeschachtelte Fünftonskalen. Weitere Einzelergebnisse wird die Publikation der Entdeckungen von Dr. Sachs bringen, der jetzt schon als eines seiner Hauptresultate die engen Beziehungen dieses Systems zur chinesischen Musik feststellen konnte.

Dr. K. Pr.

Im Februar.

Als wär das Meer hereingebrochen
Und fände weder Damm noch Strand,
So dringen wogend an und kochen
Die weißen Nebel rings im Land.

Versunken in dem feuchten Schwalle
Sind Dorf und Stadt und Wald und Au.
Der Berge Bild, die Täler alle
Hat überdeckt ein fahles Grau.

Mit uns ist von der Flut begraben
Der sichern Erde festes Reich,
Und hoch gespannte Schleier haben
Verdeckt den Himmel auch zugleich.

Wie lastend auf der Urzeit Nächten
Das unbelebte Dunkel lag,
Scheint kalt beherrscht von Todesmächten,
Von finstrer Oede dieser Tag.

Und dennoch läßt von dem erharrten
Siegstarken Lenz der Glaube nicht.
Voll still bewahrter Freude warten
Wir auf den Ruf: „Es werde Licht!"

Christian Schmitt.

Aus Baden

dz. **Ettlingen**, 18. Febr. Wie verlautet, schweben z. Zt. Verhandlungen zwischen den hiesigen Gewerkschaften und der Stadtverwaltung, die die Errichtung eines Gewerbegerichts in Ettlingen zum Ziele haben. Ein diesbezüglicher Antrag war bereits vor drei Jahren von den Christlichen Gewerkschaften an die Stadtverwaltung gerichtet worden.

tu. **Durbach**, 18. Febr. Die Straßenverbindung von Durbach über den Wald nach Offenburg bildete in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses den Gegenstand der Tagesordnung. Es wurde die sofortige Ausführung der Straße beschlossen.

dz. **Mannheim**, 18. Febr. Der Krieger- und Militärverein feiert am 17. Mai d. J. sein 50jähriges Stiftungsfest, verbunden mit der Einweihung des Denkmals für die im Weltkrieg Gefallenen. Gleichzeitig findet auch der Gautag des Rhein-Neckar-Krieger- und Militärverbandes statt.

dz. **Buchen**, 18. Febr. Ein z. Zt. in Dertingen weilender Geometer wurde von einem Landwirt aus Ottenhöfen beauftragt, mittels seiner Wünschelrute an seinem Hofgrundstück am Ziegelberg eine Quelle ausfindig zu machen. In kurzer Zeit gelang es ihm, in einer Tiefe von 7 Metern zur Freude des Landwirts eine ergiebige Quelle zu finden.

tu. **Offenburg**, 18. Febr. Das hiesige Schwurgericht tritt morgen zu einer kurzen Tagung zusammen, die auf vier Tage berechnet ist. Zur Verhandlung steht am ersten Tag eine Anklage wegen Brandstiftung und eine solche wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. An den folgenden Tagen kommen drei Fälle wegen Meineids und teilweise wegen Anstiftung hierzu zur Aburteilung.

dz. **Gengenbach**, 18. Febr. Der Bürgerausschuß behandelte in einer mehrstündigen Sitzung den Ankauf des Elektrizitätsnetzes von der Firma Köhler-Papierfabrik in Gengenbach. Einen breiteren Raum der Sitzung nahm die Frage des Umbaues von Gleichstrom auf Drehstrom ein. Der Sachverständige, beratender Ingenieur Schmitt-Freiburg, erläuterte das Projekt des Umbaues an Hand der Pläne und Berechnungen eingehend. Die Vorlage, für den Ankauf und Umbau einen Kredit von 200 000 ℳ zu bewilligen, fand einstimmige Annahme.

dz. **Unterharmersbach**, 18. Febr. In dem zur Gemeinde Unterharmersbach gehörigen Zinken Rot brach in einem kleinen Hause, das dem Taglöhner Uhl gehörte, ein Brand aus. In kurzer Zeit war das Anwesen eingeäschert. Jetzt wurde der 18jährige Sohn des Uhl verhaftet unter dem Verdacht, in Abwesenheit seiner Eltern das Feuer gelegt zu haben. Der Besitzer hatte bereits vor 14 Tagen einmal an seinem Hause Feuer bemerkt, hatte es jedoch damals noch rechtzeitig löschen können.

dz. **Freiburg**, 18. Febr. Seine Exz. der Bischof von Rothenburg, Dr. v. Keppler, ist zum Besuch Seiner Exz. des Erzbischofs von Freiburg hier eingetroffen.

dz. **Freiburg**, 18. Februar. Der Personenzug Nr. 904 nach Basel, Freiburg ab 2.01 Uhr nachmittags, hält ab 18. Februar regelmäßig auch auf der Haltestelle Tunsel. — Die Personenzüge der Strecke Freiburg—Breisach führen ab 1. März neben der 4. Wagenklasse auch die 2. und 3. Wagenklasse.

dz. **Oberschwandorf** (Amt Stockach), 18. Febr. In dem Hause des Bäckermeisters Stehle entstand am Sonntag abend ein Brand, der das zweistöckige unbewohnte Hinterhaus bis auf den Grund einäscherte. Als Ursache des Brandes wird Brandstiftung vermutet. Unter dem Verdacht, diese verübt zu haben, wurde der Enkel des Besitzers festgenommen.

dz. **Stockach**, 18. Febr. Bei einem Hunde der Gräflich Douglas'schen Gutsverwaltung in Langenstein wurde amtstierärztlich die Tollwut festgestellt. Für die umliegenden Gemeinden wurden behördlicherseits die entsprechenden Maßnahmen veranlaßt.

dz. **Vom Bodensee**, 18. Febr. Die durch den orkanartigen Föhn am Sonntag aufgewühlten Wogen des Sees boten ein überwältigendes Naturschauspiel bei prachtvoller Alpenfernsicht. Die Schiffe auf dem See hatten mit dem Sturm schwer zu kämpfen. So konnte z. B. das Schiff von Konstanz um 2.25 Uhr in Meersburg nicht landen.

Die Ursachen des warmen Winters: Strömungen im Luftozean.

Eine andere Meinung.

Wir sind nur noch wenige Wochen vom offiziellen Frühlingsbeginn entfernt und dürfen gewiß sein, daß, abgesehen von gewissen und ganz natürlichen Temperaturrückfällen, der Winter zu Ende geht, ohne daß er, wie man sagen darf, einer gewesen ist. Dem anormalen Sommer von 1924 mit der monatelangen Kälte- und Regenperiode ist nun ein ebenso anormaler Winter gefolgt, und es ist durchaus verständlich, nach den Ursachen dieser seltsamen Erscheinungen zu forschen.

Der Verlauf des Winters in den verschiedenen Jahren zeigt, wenn man die Temperaturkurven vergleicht, ganz erhebliche Unterschiede. Wir haben schon oft schnee- und frostreiche November- und Dezembermonate erlebt, obgleich in diesen beiden Endmonaten des Jahres Schnee und Kälte nur in kurzen Perioden aufzutreten pflegen. Als die typischen Wintermonate gelten Januar und Februar. Nun hat es freilich auch in diesem Winter an Niederschlägen nicht gefehlt; indes war die Temperatur zu hoch, so daß es statt der Schneefälle unerwünschten Regen gab.

Für die meteorologische Wissenschaft ist der diesjährige Winter begreiflicherweise ein überaus interessantes Problem. Die Vermutung, daß die tiefere Ursache der anormalen Witterung der letzten Monate in großen Sonnenflecken zu suchen sein müsse, trifft nicht zu, da zurzeit große Fleckenerscheinungen auf der Sonne nicht vorhanden sind. Die Sonnenflecken sind ungeheure Wirbelerscheinungen, deren gewaltige Einflüsse auf unsere Erde längst einwandfrei erwiesen sind. Sie treten in Perioden von 11½ Jahren mit besonderer Heftigkeit auf, so daß man bei diesen Sonnenflecken zwischen Minimum (geringste Fleckentätigkeit) und Maximum (stärkste Fleckenbildung) zu unterscheiden hat. Das letzte Flecken-Minimum fiel auf den Sommer 1917, so daß das Maximum erst Ende 1928 und Anfang 1929 zu erwarten ist.

Die Regen- und Kälte-Periode des letzten Sommers (das sogenannte „Mars-Wetter") war, wie uns von der Meteorologischen Beobachtungsstation der Badischen Landessternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg mitgeteilt wird, dadurch charakterisiert, daß der Hochdruck sich fast ungeändert auf dem südlicheren Teil des Atlantischen Ozeans bei Spanien und den Azoren hielt, während meist auch hoher Druck im Osten Europas lagerte. So wurde Mitteleuropa andauernd zur Straße für die Regenwirbel, die zwischen beiden Hochs hinwanderten. So war bei uns Regenwetter — in Spanien Trockenheit — und Sommer und Herbst waren bei uns viel zu kühl. Jetzt dagegen herrscht meist wieder dieselbe Druckverteilung. Die Wirkung ist aber bezüglich der Temperatur die entgegengesetzte, indem die feuchte, relativ warme Wirbelluft zu uns kommt und so den warmen Winter verursacht hat. Woher solche anhaltenden Druckverteilungen in letzter Linie rühren, weiß man nicht. Es ist kein Zweifel, daß die Sonne die letzte Ursache ist; der Mechanismus ist aber zu kompliziert, um schon sicher gedeutet werden zu können. Die Temperatur des Wassers im Atlantischen Ozean spielt jedenfalls, so erklärt die genannte Heidelberger Wetterstation, eine wesentliche Rolle dabei.

Die Mechanik der Luftmassen ist ja noch immer ein erst sehr wenig erforschtes Gebiet, und es ist daher auch ganz unmöglich, das Wetter für einen größeren Zeitraum als allenfalls für einen Tag vorauszubestimmen. Für einzelne Orte liegen zwar Beobachtungsreihen vor, die etwa 50—60 Jahre umfassen. Aber dieser Zeitraum ist viel zu kurz, um allgemeingiltige Gesetzmäßigkeiten abzuleiten. Die Schwierigkeit der zuverlässigen Wettervoraussage wird noch erhöht durch plötzlich auftretende unvorhergesehene Störungskräfte. Immerhin wird man auf Grund der bisherigen Erfahrungen vielleicht einmal zur Bestimmung größerer Wetterperioden übergehen können.

Wir müssen uns den Luftmantel der Erde so vorstellen, daß der Luftring um den Aequator einen verhältnismäßig niedrigen Druck aufweist, der sich durch die hohe Temperatur erklärt. Etwa 20—40 Grad nördlich und südlich davon haben wir Hochdruckgürtel, während in den höheren Breiten der Luftdruck wieder abnimmt, um im Polargebiet anzuschwellen, weil kalte Luft erfahrungsgemäß schwerer ist als warme. Durch die Sonnenstrahlung werden nun die Luftmassen in Bewegung gesetzt. Die kalte Luft der Polargebiete strebt unten in den Passaten dem Aequator entgegen, während die warmen Luftmassen des Aequators in den sogenannten Antipassaten den Polen zuströmen. Infolge der Erdbewegung (Achsendrehung) gelangen die Antipassate nicht direkt zu den Polen, sondern stauen sich in den Hochdruckgürteln. In unserer nördlichen Hochdruckzone werden die nach Norden strömenden Luftmassen durch die Erdbewegung nach Osten abgeleitet und so entstehen die in unserer Zone vorherrschenden Südwest- und Westwinde. Die nördliche gemäßigte Zone, in der wir leben, ist also ein Hochdruckgebiet und zwar ein Gebiet, in dem kalte und warme Luftströme sich treffen und gleichsam aufeinanderprallen. Es ist eine Kampfzone feindlicher Mächte. Vielleicht wird es so verständlich, daß, während Polarzone und Aequator stabile Witterungsverhältnisse aufweisen (im Polgebiet ständige Kälte, am Aequator permanenter Sonnenschein) in den gemäßigten Zonen Witterungsumschläge geradezu an der Tagesordnung sein müssen, je nachdem die kalten oder warmen Luftmassen die Uebermacht gewinnen. In diesen gemäßigten Zonen unterliegt auch der Luftdruck, je nach den Luftströmungen, den größten Schwankungen. Der Wind ist nichts anderes als die Folge der Luftzirkulation, er ist der Wellenschlag im Luftozean, der in ewiger Bewegung ist.

Wie in einem Kessel sich Dampfmassen ansammeln, so kann es natürlich vorkommen, daß an den Polargebieten kalte Luftmassen zusammengeballt werden, die plötzlich mit mächtigem Druck nach dem Aequator zu die sogen. Polarfront durchstoßen und in der gemäßigten Zone einen plötzlichen Wettersturz verursachen.

Die Druckwellen lösen sich fortgesetzt ab. Hoch- und Tiefdruckgebiet bieten ein ewiges Wellenspiel. Und auf dieser Erkenntnis ist eine Reihe von Wetterregeln begründet. Natürlich muß der Wetterdienst, wenn er seine Prognosen stellt, die einzelnen Länder berücksichtigen. Denn es ist ganz klar, daß die Luftströmungen sich in Norwegen ganz anders auswirken, als beispielsweise in West- oder Süddeutschland.

Man hat festgestellt, daß die Vorstöße der Luftmassen aus der Aequator- oder Polarzone sich häufig in einem bestimmten Rhythmus vollziehen und man hat hierbei (nach A. Defant) Periodenlängen von 5, 7, 9, 13 und von 24 bis 26 Tagen festgestellt. Jedoch werden diese Perioden zuweilen durchkreuzt, ohne daß man dafür einen befriedigenden Grund anzugeben wüßte.

Nur in ganz groben Umrissen kann hier auf die Fragen der Wetterbildung hingewiesen werden. Die metorologische Wissenschaft ist sich auch der außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich ihr bei ihrer Arbeit entgegenstellen, wohl bewußt. Und so wird es verständlich, daß sie das Gebiet der Wetterprognose nur zögernd betritt. Die Meteorologie ist noch immer Neuland. Aber daß sich dieser hochinteressanten Wissenschaft in entsagungsvoller Arbeit immer wieder junge und suchende Kräfte widmen, darf uns mit der Gewißheit erfüllen, daß auch dieses Gebiet menschlichen Wissens mit wachsendem Erfolg beackert wird.

Aus der Pfalz.

Die Grundstückskäufe der Post in Ludwigshafen.

lz. **Ludwigshafen**, 18. Febr. Mit den Grundstückskäufen des Postministeriums Abteilung München in Ludwigshafen beschäftigte sich nunmehr auch der Stadtrat. Sämtliche Grundstücke sind von der Firma Albert Wagner in Ludwigshafen, deren Inhaber ein Freund des früheren Reichspostministers Höfle ist, zum Preise von 800 000 ℳ erworben und von ihm an die Post weiterverkauft worden, was zu heftigen Angriffen in einem Teil der pfälzischen Presse geführt hat. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte die Stadtverwaltung Ludwigshafen die Wertzuwachssteuer, die gesetzlich der Verkäufer Wagner zu tragen hätte, übernommen und sie der Oberpostdirektion Speyer erlassen. Diese Tatsache wurde in der Hauptversammlung der D. V. P. in Ludwigshafen gerügt und dem Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen der Vorwurf gemacht, daß er durch einseitige Information die Haltung des Stadtrates in dieser Frage beeinflußt und ihn nicht darüber unterrichtet habe, daß die Wertzuwachssteuer etwa 100 000 ℳ betrug. Dies veranlaßte den Oberbürgermeister Dr. Weiß nunmehr in einer Stadtratssitzung zu einer Erklärung, in der er sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen suchte. Der Sprecher der Fraktion der D. V. P. im Stadtrat erklärte daraufhin, daß seine Fraktion und auch Mitglieder anderer Fraktionen einen anderen Standpunkt bei dem Erlaß der Wertzuwachssteuer eingenommen hätten, wenn sie über die Höhe des Betrages unterrichtet gewesen wären. Die D. V. P. sehe nach wie vor in dieser Information des Stadtrates durch den Oberbürgermeister eine Einseitigkeit insofern, als er zweifellos im guten Glauben den Interessen der Stadt zu nützen, den Stadtrat zu einer Stellungnahme veranlaßte, die bei Vorlage sämtlicher Unterlagen anders ausgefallen wäre. Die D. V. P. müsse die Behauptung über mangelhafte einseitige Information sogar noch auf einen weiteren Fall ausdehnen, der in einer geheimen Sitzung bewiesen werden solle.

*

dz. **Ludwigshafen a. Rh.**, 18. Febr. Die jüngste Stadtratssitzung wurde mit einer Trauerkundgebung für die Verunglückten in Dortmund eröffnet. Der Bayerische Städtetag hat 5000 ℳ zur Verfügung gestellt, wovon die Stadt Ludwigshafen 1000 ℳ übernimmt.

lz. **Neustadt**, 18. Febr. Die Errichtung eines Höhenhauses auf dem höchsten Berg der Pfalz, der Kalmit, wurde von dem Pfälzerwaldverein in Ludwigshafen beschlossen. Das Höhenhaus soll ein Denkmal werden für die kommenden Generationen, ein Denkmal der Erinnerung an die Treue der Pfalz zu ihrer Heimat und zum deutschen Vaterland und eine Mahnung zu steter Einigkeit. Das Gelände zur Errichtung des Höhenhauses ist von der Gemeinde Maikammer auf die Dauer von 60 Jahren pachtweise überlassen worden.

= **Kaiserslautern**, 18. Febr. Die Tochter des Dienstmannes Graf in der Pirmasenser Straße wurde in Frankfurt, wo sie sich vorübergehend aufhielt, durch einen jungen Mann erschossen.

lz. **Kaiserslautern**, 18. Febr. Die Feier des 800jährigen Bestehens der Burg Falkenstein am Donnersberg wird im Sommer dieses Jahres in einer groß angelegten Festveranstaltung begangen werden.

lz. **Landau**, 17. Febr. Die etwa 400 Jahre alte sogenannte Kaiserin-Viktoria-Eiche im Dienwald bei Büchelberg ist jetzt gefällt worden. Die Eiche hat einen mittleren Durchmesser von 1,05 Meter. Der sogenannte Erdstamm war 10 Meter lang und wog über 250 Zentner. Die Gesamthöhe der Eiche betrug 20 Meter.

= **Oggersheim**, 18. Febr. Der seit fünf Wochen vermißte Dreher Hch. Vollmer wurde in einem Altrheinwasserloch des Rheines bei Roxheim aufgefunden. Die Leiche stand aufrecht im Schlamm und nur die Mütze schaute darüber hinaus. Der Verunglückte, der schon längere Zeit an Schwermut litt, wollte wahrscheinlich sich zu seiner in Mörsch wohnenden Schwester begeben, verfehlte den Weg und geriet so in das Altwasser.

Endlich das Richtige!

So wird Ihr Urteil lauten, sobald Sie den guten Terpentinöl-Schuhputz

Büdo

probiert haben. Machen Sie heute noch einen Versuch und merken Sie sich Bubis Leibspruch

Büdo-Terpentinölcreme
Immer für die Schuhe nehme.

Heute bis Sonntag
bin ich zu sprechen, früher Frau d. Dr. A. Gross
Handlinien - Deuten
Sprechzeit von 11—1 vorm., 3—7 Uhr nachm. Hotel National, Zimmer Nr. 3 gegenüber dem alten Bahnhof.

Künstlerhaus-Restaurant
Sonntag und Montag
Konzert
Einlaßkarten sind am Büfett zu haben

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr die große Revue
Carnevals-Träume

Klavier- und Violin-Unterricht
erteilt
W. Zimmermann, Uhlandstraße 3.

Eine vollständige
Laden-Einrichtung
für Kolonialwaren zu verkaufen.
Douglasstraße Nr. 32.

Hausverkauf.
Schönes, neues Haus in **Muggensturm** b. Rastatt Kirchstraße 91, direkt am Bahnhof gelegen, mit 6 Zimmern u. Zubehör u. groß. Garten, am 1. April ohne Tausch beziehbar, bei hoher Anzahlung sofort wegen Wegzug zu verkaufen. Näheres daselbst.

Küchen-Einrichtungen
zu verkaufen. Fabrikstraße 12, Schreinerei

Schlafzimmer-Bilder
preiswert Bilder für alle Räume. Einrahmungen Schläfers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38.

Parkett-Abziehen
wird fachgemäß und billig ausgeführt. Bestellungen werden entgegengenommen: Rheinstraße 59 parterre. **Theodor Christ.**

Für ein hiesiges, lebhaftes Manufakturwarengeschäft wird eine tüchtige, durchaus
branchekundige Verkäuferin
die an selbst. Arbeiten gewöhnt u. möglichst im Dekorieren von Schaufenstern, sowie in Lackschrift bewandert ist, in Dauerstellg. per bald oder 1. April gesucht. — Angeb. mit Zeugnissen u. Lichtbild unt. Nr. 3275 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien

Zuverlässiger junger Hundefreund f. Zwingerarb. ges. Anmeld. von 7½ Uhr abds. Stefanienstraße 38.

200 Mark
für privatgesch. Zwecke geg. Sicherh. u. ca. 8% pro Mon. v. Priv. ges. Angeb. u. 3246 i. Tagbl.

150 Mark
auf ein. Zeit geg. gute Vergüt. v. höh. Beamt. größt. Werte ges. Angeb. u. Nr. 3247 i. Tagblatt.

250 Mark
geg. 6 Mon.-Akzepte in entspr. Höhe von Privatbeamten gesucht. Angeb. u. Nr. 3248 i. Tagblatt.

Aus dem Stadtkreise

Handwerkskammer Karlsruhe.

In der am Samstag abgehaltenen Plenarsitzung der Handwerkskammer Karlsruhe warf der Vorsitzende der Kammer einen Rückblick auf die Handwerkergesetzgebung und ging im besonderen auf die neue Handwerkerordnung ein, die nunmehr dem Reichstag vorgelegt worden ist und die Zugehörigkeit jedes einzelnen Handwerksbetriebes zu seiner Pflichtorganisation vorsieht. In der Zuwahl wurden jene Bezirke und Berufe berücksichtigt, die bei den Urwahlen der Zahl der Betriebe entsprechend benachteiligt waren.

Unter Teilnahme der Zugewählten und des Gesellenausschusses tagte die Handwerkskammer in ihrer neuen Zusammensetzung am Montag, den 16. Februar im Landtagsgebäude. Nach der Begrüßung der Kammermitglieder und des Gesellenausschusses sowie des Vertreters des Ministeriums des Innern und des Landegewerbeamtes, Oberregierungsrat Bucerius, des Vertreters des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Oberregierungsrat Huber und des Direktor Sonner von der Landeswirtschaftsstelle für das Bad. Handwerk A.-G. behandelte der Vorsitzende der Kammer in ausführlicher Weise die Aufgaben der Handwerkskammer als Interessenvertretung des Handwerks und als Selbstverwaltungskörper. Die Aufgaben der Handwerkskammern sind in den gesetzlichen Vorschriften der Gewerbeordnung enthalten, jedoch mußte die Kammer entsprechend der Entwicklung der heutigen Wirtschaft und den Bedürfnissen des Handwerks ihren Aufgabenkreis erweitern. Aufgabe der Kammermitglieder ist es, in allen Angelegenheiten mitzuarbeiten, draußen überall durch Wort und Tat aufklärend und belehrend zu wirken, die Bestrebungen der Kammer in der Förderung des Handwerks und anerkennend als besonderer Berufsstand zu unterstützen.

Der Tätigkeitsbericht war den Mitgliedern bereits zugegangen u. wurde durch den Geschäftsführer der Kammer ergänzt. Aus dem Tätigkeitsbericht und der anschließenden ausgiebigen Diskussion ist besonders hervorzuheben der Kampf gegen die Wuchergesetzgebung, die sich im wesentlichen nur gegen den mit dem Konsumenten unmitelbar in Berührung kommenden Handwerker und Einzelhandel auswirkt, während man gegenüber den Trusts, Konzernen usw. nicht vorzugehen wagt; gefordert wird die restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen sowie die Aufhebung der Handelsbeschränkungen.

Die Bestrebungen des Reichslandbundes werden auf das allerschärfste verurteilt, da sie einer versteckten Sozialisierung gleichkommen, die man in allerletzter Linie von der Landwirtschaft erwarten sollte. Das Handwerk verlangt mit Entschiedenheit, daß man hinsichtlich der Kreditgewährung ihm gegenüber aus der Reserve heraustritt; denn es ist bewiesen, daß die Behauptung, es sei kein Geld vorhanden, nur eine Ausrede war, sonst hätten seitens der Post nicht so viele Gelder an den Barmatkonzern gegeben werden können. Bezüglich der Steuern fordert das Handwerk eine durchgreifende Reform der Gesetzgebung, weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer mit dem Ziele der vollständigen Beseitigung, eine endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer 1924, restlose Verwendung der Gebäudesondersteuer für den Wohnungsbau, eine gerechte, alle Berufsstände nach Leistungsfähigkeit treffende Besteuerung des Grund- und gewerblichen Betriebsvermögens. Die sozialen Abgaben sind der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft anzupassen.

Für die ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes, des Gesellenausschusses, Lehrlingsausschusses und des Berufungsausschusses wurden neue Mitglieder gewählt.

Verschiedene Fragen bezüglich der Lehrlingshöchstzahl in einem Betriebe, der Lehrzeitdauer und der Lehrlingsvergütung wurden durchberaten bezw. genehmigt. Zur Hebung des weiblichen Handwerks ist eine scharfe Trennung zwischen der gewerblichen Ausbildung in der Meisterlehre und der Unterweisung für den Hausgebrauch in den Unterrichtsanstalten und Nähschulen durchzuführen. Hinsichtlich der Durchführung und Ueberwachung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens faßte die Kammer einen Beschluß, wonach künftighin alle Lehrlinge — ohne Rücksicht auf etwaige Anmeldung zur Innungs-Lehrlingsrolle — unmittelbar bei der Handwerkskammer anzumelden sind. Die Einführung des Werkstättenunterrichts an allen Gewerbeschulen mit Unterstützung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird vom Handwerk lebhaft begrüßt.

Im Anschluß an die letzte Ausstellung „Handwerk und Handel" findet nach einer Mitteilung des Oberregierungsrates Bucerius in der Zeit vom 2. Mai bis 1. Juni eine Ausstellung „Handwerk und Industrie" statt, die Gelegenheit bieten soll, sich in den Fortschritten der Industrie auf dem Gebiete der maschinellen Ausstattung der handwerkerlichen Werkstätten zu orientieren.

In seinem Schlußwort brachte der Vorsitzende der Handwerkskammer in ehrenden Worten seinen Dank an die ausgeschiedenen Kammermitglieder zum Ausdruck. Einige der Kammer seit langen Jahren angehörende Handwerksmeister wurden zu Ehrenmitgliedern der Kammer ernannt, andere erhielten Ehrendiplome.

Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer.

Ueber die im Februar fälligen Vorauszahlungen erfahren wir von zuständiger Stelle: 1. Gewerbetreibende, Einzelpersonen und Erwerbsgesellschaften, die die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer bisher monatlich zu zahlen hatten, hätten ihre Vorauszahlungen für Januar bis zum 10. Februar zu entrichten. Die Landwirtschaft hatte die Vorauszahlungen für das erste Kalendervierteljahr 1925 am 15. Februar zu zahlen. 3. Die erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer für 1925 war in der Höhe von ¼ der Vermögenssteuer für 1924 am 15. Februar zu zahlen. 4. Mit Rücksicht darauf, daß in dem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf zum Teil andere Zahlungstermine vorgesehen waren, und daß manche Steuerpflichtige über die Rechtslage nicht im Klaren gewesen sein mögen, bestimmte der Reichsfinanzminister, daß die Verzugszuschläge nicht erhoben werden sollen, wenn die oben zu 1—3 genannten Zahlungen bis 28. Februar eingehen. 5. Ueber die Behandlung der Notgebiete ergeht ein besonderer Erlaß. 6. Die Termine der Vorauszahlungen bei der Umsatzsteuer bleiben unverändert.

Erwachen der Natur im Februar.

Alle Naturbeobachter werden die Erfahrung gemacht haben, daß in diesem Jahre die Natur reichlich früher als sonst erwacht ist. Schon in den Tagen des Februars konnte man an den Stachelbeeren das erste Grün bemerken. Das Kraut der Himmelschlüsselchen lugt schon unter dem dürren Winterlaub hervor. Am Seidelbast zeigten sich bereits die ersten Blätter. Die Kornelkirschen haben ihre goldgelben Blüten einige Wochen früher als sonst erschlossen und die Schneeglöckchen läuten, in den meisten Gegenden ohne Schnee, den Frühling ein. Infolgedessen sind auch verschiedene Zugvögel früher als sonst in ihre Heimat zurückgekehrt. Schon Ende Januar ließ die wetterharte Feldlerche ihren trillernden Gesang hören. Auch die Amsel schlägt seit Wochen. Am 5. Februar trafen die ersten Stare ein. Am 10. Februar sah man weiße Bachstelzen und am 14. Februar eine Ringeltaube. Auch unsere Standvögel sind vom Winterschlaf erwacht. Hoffentlich bleibt der diesmal so früh erwachten Natur ein jäher Rückschlag erspart.

*

Die Fabrik für Sportbekleidung Wilhelm Blicker & Co., Karlsruhe teilt mit, daß sie mit dem in Konkurs geratenen Sportgeschäft Firma Sport-Beier, Inhaber Wilhelm Blicker, in keinerlei Verbindung steht.

Ein Kaminbrand entstand gestern abend gegen 7 Uhr in einem Hause der Degenfeldstraße. Die herbeigerufene Feuerwache löschte den Brand in zehn Minuten. Schaden ist dabei nicht entstanden.

Körperverletzung. In verflossener Nacht versetzte ein verheirateter Küfer von hier einem ledigen Gelegenheitsarbeiter in einer Wirtschaft in der Durlacher Straße einen Dolchstich in den rechten Oberschenkel.

Schamlos benommen hat sich in letzter Zeit wiederholt ein Unbekannter Kindern gegenüber in der Nähe des Sonntagsplatzes. Er war ziemlich groß und hatte langen Schnurrbart. Außerdem ist in dem Privatweg beim Ludwig-Wilhelmkrankenheim ein Unbekannter gestern nachmittag einer Frau gegenüber in der gleichen Weise aufgetreten.

Unfall. Heute früh nach 4 Uhr stürzte ein 44 Jahre alter Möbelpacker in einem Hause der Lammstraße über das Treppengeländer des 6. Stockwerks in den 5. Stock, wo er, bewußtlos in einer großen Blutlache liegend, von Hausbewohnern aufgefunden wurde. Er wurde im Krankenauto ins Städt. Krankenhaus gebracht.

Festgenommen wurden: ein Hilfsarbeiter von hier wegen Erregen öffentlichen Aergernisses durch Vornahme unzüchtiger Handlungen, ein aus einer Anstalt entwichener Fürsorgezögling, zwei zum Strafvollzug gesuchte berufslose Frauenspersonen, 7 Personen wegen Verfehlungen gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, ferner 14 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen, darunter 8 wegen Bettels.

Das Ende des amerikanischen Kinderspeisungswerks.

Vor fünf Jahren, im Februar 1920, wurde das amerikanische Kinderspeisungswerk in Deutschland begonnen. Es hat innerhalb dieser fünf Jahre viele Wandlungen durchgemacht — in Amerika und in Deutschland —, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, immer aber war es der Geist lebendiger Menschenliebe und tatkräftiger Hilfsbereitschaft, der die Fortführung der Speisung ermöglichte, auch wenn das Aufbringen neuer Geldmittel drüben immer schwieriger wurde und manchmal unmöglich schien. Deutschland — Reich, Land und Gemeinden — haben immer einen Teil, zu Zeiten fast die Hälfte, zu den Speisungen beigetragen. Viel liebevolle Kleinarbeit, die der Oeffentlichkeit meist verborgen blieb, verhalf in großen und besonders in kleinen Gemeinden den Speisungen zu ihrem überall anerkannten Erfolg.

Fürsorge- und Schulbehörden, aber mit besonderem Nachdruck Schulärzte und Fürsorgerinnen haben immer wieder betont, wie notwendig diese warme Zusatzmahlzeit in der Schulpause den leider immer noch unterernährten und deshalb speisungsbedürftigen Kindern sei. Die meisten Menschen, die nicht aus Berufsinteresse oder sonst aus besonderer Einstellung die Kinder darauf hin anschauen, gehen ja im allgemeinen ganz stumpf an den Kindern vorbei, — viele finden, daß es gar nicht mehr so schlimm sei; sie wissen aber nicht, daß die kleinen, oft noch recht dürftigen Kinder durchschnittlich ein bis zwei Jahr älter sind, als sie aussehen. Dieses mangelnde Wachstum und das Untergewicht wird, wenn überhaupt, nicht so schnell nachgeholt werden können, und um diese geschwächten Kinder widerstandsfähig zu machen gegen Krankheiten aller Art — besonders aber gegen die gefürchtete Tuberkulose — wird es nötig sein, die Kinderspeisungen noch längere Zeit fortzuführen.

Aus den schulärztlichen Berichten, die regelmäßig jedes Jahr vom Unterrichtsministerium angefordert werden, ebenso wie aus den ärztlichen Berichten, die dem Badischen Landesausschuß für Kinderspeisung vorliegen, ist zu entnehmen, daß zwischen 25 und 35 Proz. der Gesamtschulkinderzahl in schlechtem Ernährungszustand und speisebedürftig sind. Der Badische Landesausschuß für Kinderspeisung hat nie diesen großen Prozentsatz von Kindern speisen können; es wurden — mit wenigen Ausnahmefällen, wo besonders schwierige Verhältnisse vorlagen —, 10—15 Prozent der Schulkinder gespeist. Diese Zahl hat sich, durch geringere Nachfrage in den höheren Schulen in diesem Winter zugunsten der Volksschule verschoben; die Speisung wird aber fast in allen höheren Schulen weiter durchgeführt.

Aus der untenstehenden Tabelle ist zu ersehen, wie stark die Speisezahlen im Laufe der Jahre geschwankt haben, zum Teil durch die Schulferien bedingt, zum Teil auf Grund der unregelmäßig eingehenden Hilfsmittel. In der Tabelle sind keine Zahlen für die Zeit vor 1922 genannt; es wurde während dieser Zeit nur in den größeren Städten Badens gespeist. Die Bezirke der amerikanischen Kinderhilfsmission waren aber nicht nach Ländern eingeteilt, sondern umschlossen größere geographische Bezirke, so daß getrennte Zahlen für Baden für diese Zeit nicht vorliegen.

Zahl der gespeisten Kinder:

in Baden	1922	im Reich
11 000	Januar	450 000
12 000	Februar	600 000
13 000	März	630 000
6 500	April	150 000
14 000	Mai	400 000
15 000	Juni	500 000
10 000	Juli	380 000
9 000	August	230 000
7 500	September	380 000
3 500	Oktober	120 000
9 300	November	220 000
10 000	Dezember	300 000

in Baden	1923	im Reich
11 500	Januar	370 000
13 000	Februar	550 000
13 200	März	600 000
5 100	April	200 000
22 000	Mai	140 000
22 000	Juni	670 000
22 000	Juli	450 000
9 700	August	440 000
5 800	September	580 000
3 500	Oktober	250 000
22 000	November	350 000
25 000	Dezember	580 000

in Baden	1924	im Reich
21 000	Januar	480 000
32 000	Februar	770 000
38 000	März	930 000
5 200	April	300 000
39 000	Mai	750 000
42 000	Juni	1 100 000
13 700	Juli	680 000
11 700	August	580 000
9 200	September	610 000
6 300	Oktober	230 000
30 000	November	540 000
27 000	Dezember	600 000

Aber nicht nur die Schulspeisungen allein, sondern auch die Erholungsfürsorge, die durch die Belieferung mit amerikanischen Lebensmitteln eine wesentliche Förderung erfahren hat, muß erhalten bleiben, und zwar die Verschickung in Heime sowohl wie die örtliche Erholungsfürsorge, die sich in den letzten drei Jahren in ungefähr 40 Städten und Gemeinden Badens sehr gut bewährt hat. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: „Mehr Sonne den Kindern!" Sonne von außen, die die zum Leben so notwendigen roten Blutkörperchen verdoppelt und verdreifacht und den kindlichen Organismus anregt und kräftigt. Aber auch mehr Sonne von innen, mehr Freude und Frohsinn den Tausenden von Kindern, die viel zu früh alles Schwere und Häßliche miterleben mußten und müssen.

Die örtliche Erholungsfürsorge steht in ihrer Entwicklung noch am Anfang, es sind so viele Möglichkeiten damit verbunden, daß noch viel schöpferische Arbeit zu leisten ist. Es sollte in Zukunft keinen Ort geben, der nicht wenigstens einen von einer geschulten Persönlichkeit überwachten Spielplatz besitzt; mindestens während der großen Ferien. Luft- und Sonnenbadplätze, Walderholungsstätten, Solbade- und Liegekuren, Ferienwanderungen mit erfahrenen Führern oder Lehrern; das alles ist in dem Begriff „örtliche Erholungsfürsorge" eingeschlossen. Und all das ist nicht nur Gesundheitsfürsorge, es ist Erziehungsfürsorge wichtigster Art; schon die alten Griechen haben das Spiel als wichtigsten Erziehungsfaktor erkannt und gepflegt.

Mit dem 1. April 1925 hört nun die seit fünf Jahren ununterbrochen gewährte amerikanische Hilfeleistung auf. Der schönste Dank für die amerikanischen Freunde und der würdevollste zugleich, wäre die Weiterführung der Kinderspeisung im gleichen Geiste, solange dies nach Ansicht der maßgebenden Aerzte und Fürsorgerinnen notwendig ist.

Land und Gemeinden müßten gemeinschaftlich die dafür notwendigen Mittel aufbringen; im Vergleich zu dem allgemeinen Fürsorgeaufwand ist der Aufwand für die Kinderspeisung lächerlich klein, besonders wenn man für Herstellungs- und Verteilungskosten die Eltern durch einen kleinen täglichen Beitrag mit heranzieht, wie es bisher auch schon fast überall geschehen ist.

Die Gemeinden werden in diesen Tagen anläßlich der Etatberatung die Entscheidung treffen müssen, ob die Speisungen nach dem 1. April weitergeführt werden sollen, oder ob sie eingestellt werden, weil durch den Wegfall der Zuschüsse von Amerika die Gemeinden sich in etwas größerem Umfang beteiligen müßten. Im Interesse der Kinder müßten sich alle Eltern um diese Entscheidung kümmern.

Chronik der Vereine.

Schwarzwaldverein. Ueber „Wanderungen in den Oetztaler Alpen" sprach gestern abend Gewerbelehrer Linz vor den Mitgliedern der Ortsgruppe Karlsruhe. In fesselnder, humordurchtränkter Art schilderte der Redner seine Alpenfahrt von ihrem Beginn mit allen Freuden und Mühen, welch letztere in der Hauptsache auf das Konto des mit allen hochtouristischen Erfordernissen vollgepackten Rucksacks kamen, bis an ihr fröhliches Ende. Die Anwesenden lernten auf diese Weise mühelos ein Gebiet kennen, das, inmitten ferner, gletschergepanzerter Alpengipfel gelegen, doch ein Stückchen Heimat umschließt: das Gebiet der Karlsruher Hütte. Von der Station Oetztal aus erfolgte der Anmarsch durch das 65 Kilometer lange Tal gleichen Namens über die Ortschaften Umhausen, Huben und Sölden nach Obergurgl (1927 Meter), dem höchstgelegenen Pfarrdorf Tirols, wo es bei dem freundlichen Kuraten liebevolle und in des Wortes verwegenster Bedeutung billige Unterkunft gab. Von hier ging es über den Gurgler Ferner zu der am Fuße des Schwärzenkamms gelegenen Karlsruher Hütte (2883 Meter). Da sie sich zu des Redners Genugtuung nicht als einen der für den wirklichen Bergsteiger oft unerfreulichen alpinen Hotelpaläste, aber auch nicht als ein ungastliches Loch, sondern als ein gemütliches ansprechendes Bergsteigerheim erwies, fand sie seinen und seiner Genossen ungeteilten Beifall. Die Gipfelbesteigungen und Gletscherwanderungen, die von hier aus und im Gebiet der Sammoar-, Breslauer- und Braunschweiger Hütte unternommen wurden, führte der Redner in einer Reihe schöner Aufnahmen und anschaulicher Schilderung vor, so die Besteigung des Schwärzenkamms, mit seinen 2908 Metern einer der schönsten Aussichtspunkte im Gebiete der Hütte, von dem man eine stattliche Runde von 16 über 3000 Meter hohen Gipfeln überblickt, ferner der Hochwilde (3480 Meter), des Mittelkarferners, des Mittelbergjochs usw. Da sich in dem als zusammenhängende Wanderung gebotenen Vortrag Wort und Bild auf sehr angenehme Weise weitgehend deckten und der Redner überdies an Hand von Karten die jeweilige Route erläuterte, so gab das Ganze ein außerordentlich instruktives, anschauliches Bild nicht nur der Wanderung selbst, sondern auch der großartigen Hochgebirgslandschaft. Der Abend gestaltete sich also sehr genußreich und löste lebhaften Dank aus. Ew.

Was unsere Leser wissen wollen.

Klondyke: Vor etwa 200 Jahren bestand ein Goldbergwerk am Queis in Schlesien unweit Greiffenberg, da, wo sich heute die Talsperre Marklissa befindet. Der Ort Goldentraum führt danach heute noch den Namen. Neuerdings findet man Gold am Geiersberge bei Goldberg, gleichfalls in Schlesien.

Leser seit Jahren: Limakologie heißt: Die Lehre von den Schnecken und dergleichen.

Anfrage. Wie ist der genaue Wortlaut des Verses „Saat von Gott gesät, dem (am ?) Tage der Garben zu reifen?" Weiß vielleicht einer der Leser von wem der Vers ist?

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 18. Februar 1925.

7 bezw. 8 Uhr früh.

Badische Meldungen.

	Höhe über NN	Luftdruck in Meeresniveau	Temperatur °C 7 Uhr morgens	Max. gestern	Min. nachts	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag in 1/qm	Schneehöhe cm
Königstuhl	568	759.5	1	6	1	SW	mäßig	bed.	3	—
Karlsruhe	120	759.4	6	9	5	SW	mäßig	wolk.	5	—
Baden	213	760.4	6	9	2	SW	leicht	bed.	5	—
St. Blasien	780	—	−0	3	−0	SW	leicht	Schneef.	9	2
Feldberg*)	1292	748.7	−3	−1	−3	SW	mäßig	Schneef.	13	83

Außerbadische Meldungen.

	Luftdruck in Meeresniveau	Temperatur	Wind	Stärke	Wetter
Zugspitze*	—	—	—	—	—
Berlin	756.1	4	WSW	mäßig	halbbed.
Hamburg	753.7	4	S	leicht	wolkig
Kopenhagen	754.6	4	S	leicht	bedeckt
Stockholm	754.2	1	WSW	leicht	bedeckt
Studenes	750.8	4	ONO	leicht	wolkig
Spitzbergen	760.6	−13	Stille	—	bedeckt
Brüssel	755.0	3	SW	mäßig	bedeckt
Lugano	763.8	3	N	leicht	bedeckt
Croydon (London)	754.5	2	SW	mäßig	halbbed.
Paris	759.5	5	SW	mäßig	halbbed.
Madrid	765.0	3	Stille	—	Regen
Rom	766.0	11	S	mäßig	Regen
Algier	762.0	11	Stille	—	bedeckt
Zürich	761.0	2	SO	leicht	bedeckt
Wien	763.1	0	Stille	—	bedeckt
Budapest	762.8	1	W	leicht	wolkenl.
Genf	764.2	4	SW	leicht	bedeckt
Venedig	764.0	6	N	leicht	bedeckt
Warschau	760.4	1	SSO	leicht	heiter
Genua	—	—	—	—	—

* Luftdruck örtlich.

Die Zyklone lagert noch immer, umgeben von kühlen Luftmassen, über der Nordsee, hat aber an Intensität abgenommen. Ihre Ausläufer haben gestern und heute nacht verschiedentlich Niederschläge gebracht, im Schwarzwald Schnee. Auch heute früh schneit es im Schwarzwald, wo im Feldberggebiet die Schneedecke ¾ Meter und mehr erreicht hat. Die Morgentemperaturen liegen in Baden gegen gestern nur wenig höher, ab 800 Meter herrscht Frost. — Da weitere Tiefdruckausläufer im Westen zu erkennen sind, wird auch morgen das unbeständige Wetter anhalten.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 19. Februar 1925: Unbeständig, zeitweise Regenschauer (Schwarzwald Schnee), keine wesentliche Temperaturänderung, böige westliche Winde.

Schneeberichte: Feldberg, 18. Febr. früh: 83 Zentimeter Pulverschnee, — 3 Grad, Schneefall, mäßiger Südwest, Skibahn gut. Hornisgrinde, 18. Febr. früh: 25—30 Zentimeter Pulverschnee, — 3 Grad, Schneefall, Skibahn fahrbar bis Zimmerplatz (700 Meter).

Rheinwasserstände morgens 6 Uhr:

	18. Februar		17. Februar
Schusterinsel	0,63 m		0,73 m
Kehl	1,98 m		2,10 m
Maxau	3,71 m		3,63 m
„	— m	mittags 12 Uhr	3,65 m
„	— m	abends 6 Uhr	3,74 m
Mannheim	2,67 m		2,49 m

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Wiederbelebung des Baumarktes

Von

Dr. James Rubinfeld, Berlin.

Allmählich löst sich die Starre, in die unsere wichtigste Industrie seit der Kriegszeit geworfen worden ist. Früher gab sie nicht weniger als 5 Millionen Deutschen Brot und Auskommen, heute stehen wir wegen der Zwangsmietengesetzgebung, der Baumaterialienteuerung, und nicht zuletzt der Schwierigkeiten der Aufnahme von Hypotheken am Ende der Kapitalkraft der Baulustigen. Um mit letzterem zu beginnen, so haben im Jahre 1924 die deutschen Hypothekenbanken den Bewerbern um Baukapital Goldpfandbriefe ausgehändigt, die an der Börse gehandelt werden. Jedoch stellte sich der Kurs in vielen Fällen derart ungünstig, daß durch den Kursverlust auch geldliche Ausfälle, somit eine latente Verteuerung des Bauwesens verursacht war. Die Kapitalfrage ist es, die überhaupt noch immer im Mittelpunkte des Interesses steht und auch die zu der Zwangsmiete hinzugeschlagene Hauszinssteuer hat nicht immer die richtige Verwendung gefunden. Es sind außerdem Zweifel vorhanden, ob die Qualitätsbauarbeiter noch in genügender Anzahl im Lande sind. Obgleich gerade wegen der niedrigen Mieten die Terrainpreise nahezu 50 Prozent unter dem Vorkriegsniveau liegen, sind fertige Bauten durchschnittlich um 40 Prozent teurer als damals. Denn auch die Baustoffe sind (beispielsweise Ziegelsteine, Kalk und Zement, sodann auch die Eisen- und Messingerzeugnisse) um rund 40 Prozent teurer.

Trotz alledem regt sich augenblicklich die Baulust im Reiche ganz erheblich. Im letzten Januar war die Zahl der bei den Behörden angemeldeten Bauvorhaben das Dreifache der Größe vom Januar 1924. Im Durchschnitt ergibt sich auf das ganze Jahr bezogen eine Verdoppelung der Ziffer des Vorjahres, und zwar sind im vergangenen Monat 2447 Wohnhausbauten und 596 sonstige Vorhaben (Kirchen, Schulen, gewerblichen Bauten) angemeldet. In eingeweihten Kreisen rechnet man mit einer Errichtung von 50 000 Wohnhäusern allein im Laufe dieses Jahres. Wenn sich also allen Schwierigkeiten zum Trotz eine so erfreuliche Belebung des Wohnmarktes kundtut, die für die Wiederbelebung auch der Gesamtkonjunktur so lebenswichtig ist, so hat dies verschiedene Gründe.

Einmal ist die Geldlage für den Grundstücksmarkt besser geworden. Angesehene Bauherren erhalten jetzt bereits für ihre Zwecke gegen die übliche Sicherung Baukapital zu rund 12 bis ungünstigstenfalls 14 Prozent. Da man einer Ermäßigung und Normalisierung unserer Geldsätze entgegensieht, sind manche Geldleute bestrebt, ihre flüssigen Mittel da hochverzinslich zu investieren, wo allein zwischen Beginn und Ausführung des Vorhabens rund 9 Monate und länger liegen. Sodann rechnet man mit der alsbaldigen Herabsetzung der in der Zeit der höchsten Geldnot des Reichs, bezw. der Länder und Kommunen ausgeklügelt hohen Umsatz- und Grunderwerbsteuern. Weiterhin kommt die Hauszinssteuer. Beispielsweise erhält Berlin aus den Erträgnissen dieser Steuer monatlich 6 Millionen Mark. Als typisch wollen wir es bezeichnen, daß in Berlin rund 7000 Wohnungen eben neu erstellt werden, denen im Juni weitere folgen sollen. Die Hauptsache bleibt aber die Vermehrung der Spargelder bei Sparkassen und Girostellen, die in der letzten Zeit in so erfreulichem Maße stattgefunden hat. Rund 80 Millionen Reichsmark Spargelder harren jetzt der Anlage, die auf Wunsch der Behörden demnächst wesentlich im Bauwesen Unterkunft finden dürften. Schließlich beraten die zuständigen Finanzbehörden über die Frage der Rückerstattung der Wertzuwachssteuer dort, wo unbebautes Gelände zu Hochbauten erworben wird. Zumindest dürfte eine Ermäßigung des nicht weniger als 30 Prozent betragenden Steuersatzes erfolgen. Die Privatinitiative des Bauunternehmers soll nach behördlichen Wünschen mehr als bisher gefördert werden, da Villenbauten bisher nur unwesentlich zur Erleichterung der Lage beigetragen haben. Es sei hervorgehoben, daß in recht vielen Fällen die Villenbauer sich erheblich schlechter gestellt haben als manche Hochhausbesitzer, die auf Grund der Geldentwertung ihre Hypothekenverpflichtungen los geworden sind, was auf die meist hypothekenfreien Villenbesitzer naturgemäß nicht zutrifft. Die brennendste Frage im Augenblick ist diejenige nach der Gestaltung der Mieten in den neuerbauten Häusern, denn es liegt auf der Hand, daß die mit höheren Kosten erstellten Bauten weit höhere Sätze bedingen werden als die der jetzt der Zwangswirtschaft unterliegenden Wohngelegenheiten. Jedoch hofft man, daß die Wohnungshamsterei, die aus pinchologischen Gründen stattfand, alsdann aufhören und ausgleichend wirken wird.

Wirtschaftliche Rundschau

Amerikanische Pläne der Siemens-Schuckert-Werke. (Eig. Drahtmeldg.) Die Siemens-Schuckert-Werke haben laut Blättermeldung aus Neuyork einen Vertrag mit der Westinghouse Cie. abgeschlossen, zwecks Austausch von Patenten, Erfahrungen und Arbeitsmethoden. Der Vertrag läuft zunächst für 10 Jahre.

Ein Kartell der Holz verarbeitenden Betriebe hat sich in Berlin gebildet zum Zweck der Durchführung des Marimal-Lohntarifs.

Preiserhöhung der Süddeutschen Eisenzentrale in Mannheim. Die Preise für den Verkauf ab Lager sind neuerdings mit sofortiger Wirkung heraufgesetzt worden und zwar um durchschnittlich 5 M je Tonne, teilweise noch etwas höher.

Branntweinerzeugung im Januar. (Eig. Drahtmeldg.) Nach einer Uebersicht des Reichsmonopolamtes wurden im Januar 295 863 Hektoliter Weingeist hergestellt. Die Abgaben betrugen 169 374 Hektoliter, die Bestände an unverarbeitetem Branntwein haben sich von 1 219 509 Hektoliter am Beginn des Monats auf 1 336 861 Hektoliter am Monatsschluß erhöht.

Eisen- und Stahlwerk Hösch — Köln-Neuessener Bergwerksverein. Die beiden, durch Interessengemeinschaft verbundenen Gesellschaften werden eine Kapitalumstellung 10:6 unter Bildung einer Reserve von etwa 25 Prozent des künftigen Goldkapitals vornehmen. Für Hösch ergibt sich ein Vermögensüberschuß von 69,8 Mill., das Aktienkapital beträgt 54,3 Mill. Stammaktien, 300 000 Vorzugsaktien A und 750 000 Vorzugsaktien B bei einer Reserve von 14,5 Mill. Bei Köln-Neuessen beträgt der Vermögensüberschuß 69,9 Mill., das Aktienkapital ebenfalls 54,3 Mill. Stammaktien, 360 000 Vorzugsaktien A, 750 000 VorzugsaktienB, 14,5 Mill. Reserve.

Aus der Kali-Industrie. (Eig. Drahtmeldg.) Aus Neuyork wird gemeldet, daß ein Posten Kuxe der Kali-Gewerkschaft „Einigkeit" beim Neuyorker Bundesgericht meistbietend an einen Herrn Herbert May für rund 2 Mill. Dollar verkauft worden ist. Der Erwerber soll angeblich deutsche Interessenten vertreten, doch geht zunächst aus der Meldung noch nicht hervor, ob diese Interessenten der Winterhall-Gruppe oder dem Anti-Block angehören. Beide Parteien haben sich bekanntlich seit längerer Zeit um die Kuxe von „Einigkeit" bemüht.

Kohlenförderung im Ruhrgebiet. Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Zeit vom 1. bis 7. Februar im Ruhrgebiet einschließlich der früher von der Regie betriebenen Zechen und Kokereien in sechs Arbeitstagen 2 083 118 To. Kohlen gefördert gegen 2 208 767 To. in der vorhergehenden Woche, bei ebenfalls sechs Arbeitstagen. Die Kokserzeugung stellte sich in den sieben Tagen der Berichtswoche (in den Kokereien wird auch Sonntags gearbeitet) auf 458 121 To. gegen 456 742 To. in der vorhergehenden Woche, die Preßkohlenherstellung auf 71 664 To. (70 265 To.). Die arbeitstägliche Kohlenförderung betrug in der Zeit vom 1. bis 7. Februar im Ruhrgebiet 347 186 To. (gegen 368 128 To. in der Woche vorher und 378 778 To. im Durchschnitt des ganzen Jahres 1913). Die tägliche Kokserzeugung stellte sich auf 65 489 To. (65 249 bezw. 68 377 To.), die tägliche Preßkohlenherstellung auf 11 994 To. (11 711 bezw. 16 300 To.).

Beträchtliche Zunahme der deutschen Wein-Einfuhr im Jahre 1924. Die deutsche Ausfuhr an Faßweinen war im letzten Jahre mit 8640 Hektoliter im Werte von 1 202 000 Mk. nur wenig (610 Hektoliter) größer als im Jahre 1923. Die Einfuhr hat sich dagegen beträchtlich erhöht, nämlich von 271 572 Doppelztr. auf 649 504 Doppelztr. im Werte von 35 497 000 Mk. Spanien lieferte 198 336 Doppelzentner, Elsaß-Lothringen 181 461 Doppelztr., Frankreich 122 218 Doppelztr. und Luxemburg 25 734 Doppelztr. An Flaschenweinen wurden 6455 Hektoliter im Werte von 2 228 000 Mk. ausgeführt gegen 9980 Hektoliter im Vorjahr. Die Einfuhr dagegen stieg von 1914 Hektoliter auf 8177 Hektoliter im Werte von 1 797 000 Mk. Die Ausfuhr von Schaumwein ist um etwa die Hälfte zurückgegangen, nämlich von 270 080 ganzen Flaschen auf 143 529 ganze Flaschen im Wert von 450 000 Mk. Die Einfuhr indessen stieg von 220 353 ganzen Flaschen auf 1 713 092 ganze Flaschen im Werte von 5 002 000 Mk. Davon entfielen 930 039 Flaschen auf Elsaß-Lothringen, 751 212 Flaschen auf Luxemburg und 17 652 Flaschen auf Frankreich. An Wein zur Herstellung von Weinbrand wurden 16 269 Doppelztr. im Werte von 671 000 Mk. eingeführt gegen 6138 Doppelzentner im Vorjahr, und an Wein zur Herstellung von Schaumwein 7523 Doppelztr. im Werte von 586 000 Mk. gegen 5071 Doppelztr. Stark gestiegen ist auch die Einfuhr von Obst- und Malton-Wein, nämlich von 352 Hektoliter auf 11 189 Hektoliter im Werte von 263 000 Mk.

Budapester Internationale Messe. Die Budapester Handels- und Gewerbekammer organisiert zwischen 18.—27. April die Budapester Internationale Messe. Die Besucher der Messe erhalten auf Grund der Messeausweise auf den ungarischen Eisenbahnen und Schiffahrtsunternehmungen Fahrpreisermäßigungen und Visum mit 50 Prozent Nachlaß. Die ungarischen Grenzen können während der Messe auch ohne Visum überschritten werden. Messevertreter: C. E. Noerpel, Ulm a. D.

Herabsetzung des französischen Monopolpreises für kosmetischen Spiritus. Der französische Finanzminister hat mit Wirkung vom 30. Januar d. J. den Preis des kosmetischen Spiritus, soweit er zur Herstellung von Exportware verwendet wird, von 300 Frs. auf 250 Frs. pro Hektoliter herabgesetzt, d. h. nach dem neuesten Kurse auf 54,50 Goldmark. Diese Preisermäßigung berührt insonderheit auch deutsche Interessen.

Zur Herstellung französischer Parfümerien, die nach Deutschland exportiert werden, kostet fortab der Spiritus, das hauptsächlichste Rohmaterial, nur 54,50 Goldmark, während zur Herstellung deutscher Erzeugnisse ein Spirituspreis von 200 Goldmark von der Monopolverwaltung gefordert wird. Bei einer derartigen Preisdifferenz gestaltet sich für die deutsche kosmetische Industrie die Konkurrenz mit Frankreich immer mehr zur Unmöglichkeit. Die deutsche kosmetische Industrie erwartet von der Reichsregierung, daß endlich Schritte geschehen, um die Preispolitik der Monopolverwaltung diesen Verhältnissen anzupassen.

Gegen Mißbräuche im Scheckverkehr. Der Reichsverband des deutschen Nahrungsmittel-Großhandels wendet sich in einem Zirkular an seine Mitglieder, um den Mißbräuchen mit vordatierten Schecks entgegenzutreten. Seine Ausführungen gipfeln in der zweifachen Mahnung: 1. Gläubiger, nehmt keine vordatierten Schecks an Zahlungs Statt an; 2. Schuldner, sucht Euch keinen Kredit durch Mißbrauch des Scheckverkehrs zu erzwingen. Datiert keine Schecks voraus, stellt keine Schecks aus, für welche nicht volle Deckung vorhanden ist.

Süddeutsche Wismut- und Kupferwerke A.-G. in Pforzheim. Die im November 1922 mit 12 Mill. Pm. gegründete Gesellschaft hat ihr Kapital auf 60 000 Rm. bei 8166 M Rücklage umgestellt. Die E.-B. auf 1. Januar 1924 weist als Verbindlichkeiten weiter 33 461 M Gläubiger und ein Gesamtvermögen von 101 928 Rm. aus. Waren und Materialien sind mit 11 821 M, Einrichtungen mit 57 952 M und Liegenschaften mit 31 522 M bewertet.

Leipziger Luftschiffhafen- und Flugplatz-A.-G., Leipzig. Die Verwaltung beantragt Kapitalerhöhung um 260 000 Rm. Die neuen Stammaktien werden der Stadt Leipzig als Gegenwert für ihre Beteiligung mit dem gleichen Betrage an der Gesellschaft überlassen.

Dividendenvorschläge. Concordia Spinnerei und Weberei Bunzlau, und Marklissa H. 12 Prozent — Henninger Reifbräu A.-G. Erlangen 7 Proz. auf die Vorzugsaktien und 5½ Prozent p. r. t. auf die Stammaktien.

Verkehr

Der Ausbau der Schiffahrtsstraße Straßburg—Basel. (Eig. Drahtmeld.) Die Handelskammern des gesamten rheinischen Gebietes, sowie die Schiffahrts-Vereine treten auf Einladung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrts-Interessen am 27. Februar in Mannheim zu einer Tagung über den technischen Ausbau der Schiffahrtsstraße Straßburg—Basel zusammen. Den Anlaß bildet der bevorstehende Schluß der Beratungen der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt über den Plan eines linksrheinischen Seiten-Kanals von Straßburg nach Basel.

Das Frachtstundungsverfahren der Deutschen Verkehrs-Kreditbank vollzieht sich unter Benutzung von sogen. Anweisungsheften. Sie enthalten auf dem Umschlag den Stundungshöchstbetrag, für den Stundung gewährt wird. Die Hefte gelten entweder für die erste oder die zweite Monatshälfte. Ein Verfrachter, der beispielsweise im Monat rund 50 000 Mk. Frachtaufkommen hat, soll sich zweckmäßig zwei Anweisungshefte, das eine für die erste Hälfte über 30 000 und das andere für die zweite Monatshälfte über gleichfalls 30 000 Mark nehmen. Die aufkommenden Frachten werden täglich mit Anweisungen bezahlt. Der Verkehr an den Güterkassen wickelt sich so ab, daß der Kunde die nächste freie Anweisung im Hefte blanko unterschreibt und das Heft bei Frachtzahlungen am Schalter abgibt. Der Schalterbeamte macht die nötigen Eintragungen und gibt das Heft nach Entnahme der Anweisung dem Einreicher zurück. Wer täglich oder mehrmals täglich Sendungen aufgibt oder erhält, nimmt für jede Monatshälfte zweckmäßig zwei oder mehrere Hefte, die er abwechselnd gebraucht. Die Deutsche Verkehrs-Kreditbank hat am Sitze jeder Reichsbahndirektion eine Abrechnungsstelle (Zweigniederlassung) eingesetzt, die für den zuständigen Direktionsbezirk die Geschäfte wahrnimmt. Die Abrechnungsstelle erklärt nach Zahlung der Fracht das Heft auf der Rückseite des letzten Stammes wieder für die ursprüngliche Höchstsumme gültig. Sie sendet dem Kunden das Heft so rechtzeitig zurück, daß es im neuen Monat für die gültige Monatshälfte wieder benutzt werden kann. Nach Ablauf einer Monatshälfte werden die Anweisungshefte der Bank eingesandt, die sie wieder auf den ursprünglichen Höchstbetrag heraufschreibt. Der Wechsel der Hefte für jede Monatshälfte ist vorgesehen, damit der Verfrachter jederzeit ein Heft an der Hand hat. Die für jede Monatshälfte aufkommenden Frachtbeträge werden am Schluß, d. h. am 1. und 16. eines jeden Monats, an die Bank gezahlt, die ihrerseits die Abrechnung mit der Eisenbahn vornimmt. Die Kosten des Frachtstundungsverfahrens bestehen bei pünktlicher Zahlung aus einer Pauschalgebühr von 3 pro Mille des tatsächlich in Anspruch genommenen Frachtenkredits, sowie in der Erstattung der Selbstkosten für die Anweisungshefte und Postgelder.

Märkte.

Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Elektrolytkupfer 138,75.

Vom badischen Holzmarkt. Nach jetzt vorliegenden amtlichen Zahlen wurden aus den Staatswaldungen im Monat Januar d. J. insgesamt 45 311 Festmeter Nutzholz und 63 407 Festmeter Brennholz verkauft. Im Februar d. J. wurden an Nadelstammholz aus den badischen Staatsforsten von den einzelnen Forstämtern durchweg nur kleinere Posten angeboten und verkauft. Die Nachfrage selbst ließ sich immer noch gut an, und auch die Erlöse waren zufriedenstellend, meist sogar sehr hoch und vielfach ans Phantastische grenzend. Letzteres trifft vor allem auf die Bewertung von Kiefernstammholz bei einer Reihe von Versteigerungen zu. So hat das Forstamt Schwetzingen kürzlich für 400 Festmeter Kiefernstammholz nicht weniger als 154 Prozent der Landesgrundpreise (15—36 M für die 6 Klassen Langholz) erzielen können. Bei einem Verkauf des Forstamts Langensteinbach bewertete man 350 Festmeter Kiefernstammholz mit durchschnittlich 158 Prozent der gleichen Grundpreise. Das Forstamt Karlsruhe-Hardt, das gegen 390 cbm gleichen Materials dem Verkauf aussetzte, erlöste dafür 140 Prozent der Grundpreise. Bei einem zweiten Verkauf des Forstamts Langensteinbach erzielte man für 240 cbm Kiefern einen Uebererlös von 44 Prozent. Im Forstamt Schönau (bei Heidelberg), wo das Verkaufsobjekt etwa 200 cbm Kiefernstammholz umfaßte, wurden durchschnittlich 134 Prozent der Taxen vereinnahmt. Das Forstamt Jestetten gab 125 cbm Forlen und Lärchen zu durchschnittlich 129 Prozent der Anschläge ab, das Forstamt Konstanz 70 cbm Forlen zu 136 Prozent, das Forstamt Ueberlingen 660 cbm Forlen zu durchschnittlich 124 Prozent der Einschätzungen (Landesgrundpreise). Fichten- und Tannenstammholz konnte sich im allgemeinen ebenfalls relativ hohe Preise holen. Bei einem Verkauf des Forstamtes Ueberlingen, der 375 cbm Nadelstammholz umfaßte, stellten sich die Erlöse auf etwa 122 Prozent der Landesgrundpreise (16—27 M für die 6 Klassen Langholz), ab Wald. Vom Forstamt Schopfheim angebotene 115 Festmeter Nadelstammholz bewertete man mit etwa 125 Prozent der gleichen Grundpreise. In den Forstämtern Uehlingen und Wollbach wurden für 60 Festmeter bezw. 195 Festmeter 130 Prozent bezw. 135 Prozent der Landesgrundpreise erlöst. Das Schwarzwald-Forstamt Bonndorf verkaufte 485 cbm gleichen Materials zu durchschnittlich 134 Prozent der genannten Grundpreise. Das Forstamt Mittelberg gab 1050 cbm Nadelstammholz zu etwa 142 Prozent der Taxen ab, das Forstamt Ottenhöfen 280 Festmeter desgl. zu 140 Prozent, und das Forstamt Peterstal 350 cbm zu 132 Prozent der Grundpreise. Kiefernschwellenholz war ein sehr begehrter Artikel, der bei den Versteigerungen stark umstritten war und hoch bezahlt wurde. Bei einem Verkauf des Forstamts Schwetzingen wurden für Forlenschwellenholz 1. Kl. 28,80 M, 2. Kl. 24,48 M für insgesamt 240 cbm, loko Wald, erzielt. Die Nachfrage nach Kiefernrubenholz konnte befriedigen. Die beiden Forstämter Schönau (bei Heidelberg) und Schwetzingen brachten mit 477 Raummeter bezw. 441 Raummeter die größten Posten an den Markt. Schönau gab 1. Kl. zu 14 M, 3. Kl. zu 10,75 M und 4. Kl. zu 7,50 M, je Raummeter, ab Wald, ab. Das Forstamt Schwetzingen erzielte für 1. Kl. 18,05 M, je Raummeter, ab Wald. Vorher verkaufte Schwetzingen noch 120 Raummeter Grubenholz 1. Kl. zu 18,50 M, weiter das Forstamt Weinheim 150 Ster Forsenrubenholz, meist 3. Kl., zu 12,50 M, das Forstamt Philippsburg 277 Raummeter desgl. 1. Kl. zu 19,15 M je Ster, ab Wald.

Schweinemarkt in Engen am 16. Febr. Auftrieb 43 Milchschweine. Das Paar kostete 48—68 M. Es blieb ein Ueberstand von 8 Stück.

Schweinemarkt in Haslach i. K. am 16. Febr. Auffuhr 155 Ferkel und 2 Läufer. Der Auftrieb war also so schlecht wie seit Monaten nicht. Für die Ferkel wurden für das Paar 35—50 M und für die Läufer 55—65 M gefordert, welche Preise jedoch nur zum Teil auch bezahlt wurden.

Vieh- und Schweinemarkt in Geisingen am 17. Februar. Aufgeführt 130 Milchschweine, Preis 35 bis 60 M, pro Paar, 46 Läufer, Preis 80—115 M pro Paar. Handel sehr gut. Auf dem Viehmarkt waren aufgeführt 30 Ochsen, Preis 520—805 M, 15 Kühe, 400—600 M, 30 Kalbinnen 400—600 M, 67 Stück Jungvieh 150—400 M, 3 Farren, die unverkauft blieben. Der Handel war mittelmäßig.

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 18. Febr. Gold 2815—2820, Silber 94.70—95.20, Platin 15—15.20.

Börsen

Besserung des französischen Frankens. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtmeldg. Im heutigen Vormittagsverkehr war eine merkliche Besserung des französischen Franken festzustellen, anscheinend auf Stützungskäufe der franz. Regierung und des Bankhauses Morgan, das bekanntlich auch im vorigen Jahre die Stützungsaktion betrieben hat. Der Kurs ging auf 89,75 für ein Pfund Sterling gegen 91 am gestrigen Tag.

Frankfurt a. M., 18. Febr. Die außerordentliche Flüssigkeit des Geldmarktes für tägliches Geld regte heute an der hiesigen Börse die Spekulation etwas zu Deckungen an. Die dadurch hervorgerufene leichte Befestigung der Kurse wurde aber sofort ausgenutzt, um Ultimoverpflichtungen glatt zu stellen. Im weiteren Verlaufe gingen die Kurse noch unter die gestrigen Notierungen zurück. Für Deutsche Kriegsanleihe bestand Abgabeneigung. Der erste amtliche Kurs wurde mit 0.735 festgestellt. Ausländische Renten waren dagegen fester.

Im Freiverkehr war die Stimmung wieder unverändert. Die Umsätze bewegten sich in engen Grenzen. Api 1.9, Benz Motoren 5.4, Becker Stahl 1.45, Becker Kohle 6½, Brown Boveri 82, Growag 0.142½, Kraichgauer 0.110, Krügershall 12, Kunstseide 95 und Ufa 14⅛.

Der Geldmarkt ist für tägliches Geld sehr flüssig. Monatsgeld kostet aber bis 13 Prozent.

Am Devisenmarkt hat sich der französische Franken wieder etwas erholt.

Berlin, 18. Febr. Am Schwankungsmarkt wurden folgende erste Kurse notiert: Elektr. Hochbahn 82,25, Hapag 29,50, Hamburg Südamerika 40, Nordd. Lloyd 3,9, Barmer Bankverein 1,7, Berl. Handelsgesellsch. 156,50, Darmst. u. Natl.-Bank 13,75, Deutsche Bank 132, Bochumer Guß 88,75, Buderus Eisen 18⅜, Deutsch Luxemburg 82⅜, Gelsenkirchen 90,75, Harpener 147, Hösch Stahl 90, Hohenlohe 27,25, Ilse Bergbau 29,50, Klöcknerwerke —, Laurahütte 7,75, Mannesmann 66,75, Phönix 63,25, Stinnes Riebeck 46, Rombacher Hütte 31⅛, Stolberger Zink —, Deutsch Kali 34,75, Bad. Anilin 30,2, Elberfelder Farben 23,75, Höchster Farben 26⅛, Rütgerswerke 18, A.E.G. 12,1, Bergmann Elektro 18,75, Elektr. Licht und Kraft 8,1, Adlerwerke 4,1, Berlin Anhalter Masch. 4,8, Berlin-Karlsruher Industrie 130⅛, Daimler Motoren 6, Karlsruher Masch. 3,75, Zimmermannwerke 1,75, Stettiner Vulkan 80⅛, Hammersen & Co. 21,1, Zellstoff Waldhof 13, Charlottenburger Wasser 36,50, Gebr. Junghans 12.75, Sarotti 2,25, Ver. Schuhfabr. Berneis 2⅞, Otavi 27⅞, Deutsch Erdöl 61, Deutsch Petroleum 17⅝.

Devisen.

w Zürich, 18 Februar

	17. Februar	18 Februar
Neuyork	519.25	519.78
London	24.79	24.78
Paris	27.15	27.50
Brüssel	26.32	26.50
Italien	21.37	21.37
Madrid	73.75	73.75
Holland	208.75	208.70
Stockholm	140.16	140.25
Oslo	79.16	79.25
Kopenhagen	92.50	92.50
Prag	15.35	15.45
Deutschland	123.55	123.65
Wien	0.73	0.73
Budapest	0.72	0.72
Agram	8.50	8.50
Sofia	3.77	3.77
Bukarest	2.65	2.62
Warschau	100.00	100.00
Helsingfors	13.00	13.00
Konstantinopel	2.75	2.75
Athen	8.40	8.40
Buenos Aires	2.06	2.06

Unverbindliche ausländische Markkurse.

Amsterdam, 16. Febr.: 59.27 Gld., 17. Febr.: 59.29 Gld.

Neuyork, 16. Febr.: 23.81 Dollar, 17. Febr.: 23.81 Dollar.

Pariser Börse.

Paris, 18. Febr. Es wurden heute vormittag bezahlt für ein englisches Pfund 89.80 Francs.

Unnotierte Werte:

Karlsruhe, 18 Februar

Alles in Reichsmark.

Wir waren vorbörslich	Käuf.	Verkäuf.		Käuf.	Verkäuf.
Adler Kali	320	240	Landeswirtsch. Stelle für das Bad. Handw.	—	—
Api	19.5	21.5	Melliand Chem	1.2	2.0
Bad. Lokomotivwerke	0.5	1	Meurer Spritzmetall	0.6	0.8
Baldur	1	1	Moninger Br.	420	—
Becker Kohle	64	68	Offenbg. Spinn.	280	—
Becker Stahl	13	15	Pax, Industrie- u. Hand.-A.-G.	0.4	—
Benz	50	55	Petersbg. Int.	30	34
Brown Boveri	15	17	Rastatt. Waggon	57	—
Contin Holzverwertung	—		Rodi & Wienenberger	160	—
Dtsch. Lastauto	32	36	Russenbank	69	74
Dsch Petroleum	170	180	Schuvag	—	—
Germ. Linoleum	165	—	Sichel	24	26
Grindler Zigarr	2	—	Sloman	78	82
Großkraftwerk Württemberg	1.3	1.4	Tabak Handels-A.G.	0.04	0.07
Hansa Lloyd	14	16	Teichgräber	14	16
Heldburg Vorzugs-Aktien	530	560	Textil Meyer	1.0	1.4
Inag	13	14	Turbo-Motoren Stuttgart	—	—
Itterkraftwerke	13	15	Ufa	140	150
Kabel Rheydt	90	96	Zuckerw. Speck	0.6	1.0
Kammerkirsch	—	—			
Karstadt	44	47			
Knorr	37	40			
Krügershall	120	130			

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück.

5 % Badische Kohlenwert-Anleihe	10.3	10.8
6 % Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	11.0	12.0
7 % Sächsische Braunkohlenw.-Anl.	1.8	2.1
5 % Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	64	66
5 % Neckarwerke Goldanleihe	—	—
5 % Preuß. Kalkwert-Anl. pro 100 kg	4.0	4.2
5 % Sächs. Roggenw.-Anl. pro Ztr.	6	7
5 % Südd. Festwertbank-Obligationen	1.5	1.7
6 % Freiburger Holzw.-Anl. p. Festm		—

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets coulant Käufer und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft.
Karlsruhe, Kaiserstraße 209, Telephon 223, 235, 429.